



Global Network on Extremism & Technology

Polarisierende Narrative und sich vertiefende Konfliktlinien: Soziale Medien, Intoleranz und Extremismus in vier asiatischen Staaten

Jordan Newton, Yasmira Moner, Kyaw Nyi Nyi und Hari Prasad

GNET ist ein Sonderprojekt des International Centre for the Study of Radicalisation, King's College London.

Die Autoren dieses Berichts sind Jordan Newton, Yasmira Moner, Kyaw Nyi Nyi und Hari Prasad, mit Beiträgen von Joseph Franco, Nazneen Mohsina und Cameron Sumpter.

Das Indonesien-Kapitel wurde verfasst von Jordan Newton, unabhängiger wissenschaftlicher Berater und ehemaliger Sicherheitsanalyst für die australische Regierung. Das Philippinen-Kapitel wurde verfasst von Yasmira Moner, stellvertretende Leiterin des IPDM. Das Myanmar-Kapitel wurde verfasst von Kyaw Nyi Nyi, Visiting Fellow am Yusof Ishak-ISEAS. Das Indien-Kapitel wurde verfasst von Hari Prasad, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Critica Research. Die CENS-Wissenschaftler Joseph Franco, Nazneen Mohsina und Cameron Sumpter haben das Projekt konzipiert und redaktionelle Unterstützung bereitgestellt.

Das Global Network on Extremism'Technology (GNET) ist eine akademische Forschungsinitiative mit Unterstützung des Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT), einer unabhängigen, aber von der Wirtschaft finanzierte Initiative mit dem Ziel, die Nutzung von Technologie für terroristische Zwecke besser zu verstehen und einzudämmen. GNET wird einberufen und geleitet vom International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), einem akademischen Forschungszentrum innerhalb des Department of War Studies am King's College London. Die in diesem Dokument enthaltenen Ansichten und Schlussfolgerungen sind den Autoren zuzuschreiben und sollten nicht als die ausdrücklichen oder stillschweigenden Ansichten und Schlussfolgerungen von GIFCT, GNET oder ICSR verstanden werden.

KONTAKTANGABEN

Im Falle von Fragen oder zur Anforderung weiterer Exemplare wenden Sie sich bitte an:

ICSR
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
Vereinigtes Königreich

T. **+44 20 7848 2098**
E. **mail@gnet-research.org**

Twitter: **@GNET_research**

Wie alle anderen GNET-Publikationen kann auch dieser Bericht kostenlos von der GNET-Website unter www.gnet-research.org heruntergeladen werden.

Kurzfassung

In Asien ist die Verwendung von Social-Media-Plattformen und Chat-Programmen in den vergangenen Jahren exponentiell gestiegen. Im Verlauf der 2010er Jahre nutzten gewalttätige Extremisten (GE) in verschiedenen Regionen des Kontinents diese wachsende Reichweite aus, um ihre feindseligen Botschaften allgemein zu verbreiten und zugleich gezielt Personen in Online-Randgruppen anzusprechen. Technologieunternehmen und Regierungen ergriffen letztendlich relativ wirkungsvolle Maßnahmen, um offenkundig terroristische Inhalte zu unterbinden, Accounts zu entfernen und die Reichweite zu begrenzen. Allerdings wird die politische Polarisierung und gesellschaftliche Gespaltenheit durch die Dynamik der allgemeinen Kommunikation auf Plattformen, die Konflikte und Brisanz belohnen, weiter vertieft.

Indonesien, die Philippinen, Myanmar und Indien sind vier asiatische Nationen mit einzigartigen, aber dennoch vergleichbaren Erfahrungen, was die Auswirkungen der Online-Kommunikation auf gesellschaftliche Konfliktlinien, Extremismus und Gewalt betrifft. Ihre Kontexte werden im vorliegenden Bericht beschrieben und analysiert.

Indonesische GE in den sozialen Medien, darunter vor allem Unterstützer des Islamischen Staates (IS), stehen unter starkem behördlichem und wirtschaftlichem Druck, was ihre Rekrutierungsbemühungen mehr belastet als je zuvor. Eine wirkungsvolle Durchsetzung der Gesetze in Indonesien sowie der Niedergang des IS im Nahen Osten haben die Reichweite indonesischer IS-Unterstützer verringert und ihre Online-Propaganda sowohl quantitativ als auch qualitativ geschwächt. Allerdings könnte die zunehmende staatliche Unterdrückung nicht-gewalttätiger islamistischer Gruppen den GE in die Hände spielen und neue, desillusionierte Zielgruppen für ihre Rekrutierungsbemühungen schaffen.

In den Philippinen greift die GE-Propaganda stark lokalisierte Missstände im Zusammenhang mit wahrgenommener Ausgrenzung, Diskriminierung und Unterentwicklung auf. Im Vorfeld der Schlacht von Marawi 2017 wurden von Filipino-sprachigen GE-Gruppen Originalinhalte erstellt, bei denen es vor allem um taktische Mitteilungen, militante Ausbildungsaktivitäten, die Ehrung militanter Anführer und kleine Siege gegen das Militär ging. Die Förderung von demokratischer Teilhabe und positiven Narrativen könnte anhaltenden ausgrenzenden Tendenzen entgegenwirken.

In Myanmar verschlimmerte sich die islamfeindliche Stimmung nach örtlichen Ausschreitungen in den frühen 2010er Jahren, unterstützt und angefacht durch das zeitgleich rasante Wachstum von Facebook, das für viele zur Standard-Plattform für den Internetzugang wurde. Was zunächst als „Buy Buddhist“-Kampagne begann, entwickelte sich 2013 zur Bewegung „Ma Ba Tha“ mit Hunderten von Facebook-Accounts, die als Knotenpunkte zur Verbreitung von Hass dienten. 2018 hatte Facebook in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Myanmar begonnen, Inhalte zu moderieren und aufrührerische Accounts zu entfernen.

Social-Media-Plattformen wie WhatsApp, Facebook und Twitter haben erheblich zur Stärkung der Hindutva-Narrative in Indien beigetragen. Ergänzend zur Basisarbeit nutzt die Hindutva-Bewegung das Online-Umfeld in dreierlei Form. Erstens wird in den sozialen Medien das Narrativ verstärkt, die Hindu-Identität sei von Liberalen und Pluralisten bedroht. Zweitens werden wahrgenommene „Andere“ (vor allem muslimische Gemeinschaften) durch gezielte Online-Falschinformationen dämonisiert. Und drittens zielen große Gruppen von Online-Trolls darauf ab, die öffentliche Aufmerksamkeit von Unzulänglichkeiten der Staatsführung abzulenken und Narrative zu manipulieren.

Die vier Länder veranschaulichen also, was geschehen kann, wenn Social-Media- und Messaging-Plattformen durch böswillige Akteure ausgenutzt werden. Die Moderation von Inhalten ist die primäre Reaktion von Technologieunternehmen, um extremistischen Organisationen keinen Raum zu gewähren, doch ihr Erfolg ist weitgehend abhängig vom politischen Umfeld im Land. Von Mindanao bis Mumbai sind verschiedenste Gruppen in der Lage, Nutzungsaufgaben zu umgehen. Messaging-Kampagnen gegen bestimmte Fremdgruppen lassen sich durch technische Interventionen nicht unterbinden. Polarisierende Narrative, verbreitet in Memes oder Manifesten, sind symptomatisch für grundlegende Spaltungen. Statt also böswillige Aktivitäten im Online-Raum als ein Problem zu sehen, das separat von der Offline-Welt existiert, wäre es klüger, sie als Fortsetzung der menschlichen Erfahrung zu betrachten.

Inhalt

Kurzfassung	1
<hr/>	
1 Einleitung	5
<hr/>	
2 Indonesien	7
Aufstieg und Niedergang des Social-Media-Imperiums des ISIL	7
Hartnäckiger Widerstand, potenzielle neue Zielgruppen	9
Unterdrückung und die Keime neuer Online-Netzwerke	10
<hr/>	
3 Philippinen	13
DIL-Propaganda vor und nach der Schlacht von Marawi	13
Das breitere dschihadistische Online-Umfeld	15
Online-Dschihad: Rekrutierung über Facebook	15
Der Weg nach vorn	16
<hr/>	
4 Myanmar	17
Islam-/muslimfeindlicher Extremismus	17
Anti-Rohingya-Extremismus	18
Möglichkeiten im Kampf gegen technologisch verbreiteten Online-Extremismus	20
<hr/>	
5 Indien	21
Schaffung eines Hindutva-freundlichen Umfelds	22
Verstärkung	22
Entwürdigung des „Anderen“	23
Verfälschung und Ablenkung	25
Herausforderungen für die Content-Moderation	26
<hr/>	
6 Schlussfolgerungen	29
<hr/>	
Die politische Landschaft	31

1 Einleitung

Fast 60 % der Social-Media-Nutzer weltweit entfielen 2020 auf Asien.¹ Genau wie in anderen Teilen der Welt haben unterschiedliche Gruppen und Akteure diese modernen Medien auch auf dem asiatischen Kontinent für ihre eigenen, extremistischen Ziele ausgenutzt. Social-Media-Accounts werden verwendet, um neue Anhänger zu werben, gesellschaftliche Konfliktlinien zu verschärfen und Gewalt zu organisieren, ob aufgrund religiöser Intoleranz, sektiererischer Verachtung oder ethnischem Hass. Globale Technologieunternehmen arbeiten in Süd- und Südostasien zunehmend mit nationalen Regierungen zusammen, um gegen besonders gravierende Missbräuche vorzugehen, aber sobald in dieser sich rasant entwickelnden Landschaft an einer Stelle Probleme bewältigt werden, tauchen anderswo neue Probleme auf.

Ziel des vorliegenden Berichts ist ein kompakter, aktueller Überblick über die aufkommenden Bedrohungen durch Akteure mit unterschiedlichen extremistischen Profilen in Indonesien, den Philippinen, Myanmar und Indien. Diese vier Staaten haben in den letzten Jahren gewalttätigen Extremismus erlebt, der zwar unterschiedliche Formen annimmt, dabei jedoch von der gleichen dramatischen Zunahme der Social-Media-Nutzung, vor allem auf mobilen Geräten, vertieft und beeinflusst wurde. Indien, Indonesien und die Philippinen verzeichnen heute drei der sechs größten Facebook-Nutzerpopulationen der Welt; Myanmar belegt Platz 19, obwohl das Land hinsichtlich der Internetverbreitung weltweit nur Rang 82 erreicht.² Allein in den letzten Jahren wurden in diesen vier Ländern hunderte Millionen neuer Social-Media-Accounts angelegt.

Gewalttätige Extremisten haben von dieser beispiellosen Expansion ihres potenziellen Publikums profitiert. Nach einer Reihe von Angriffen und Fällen organisierter Gewalt, die in enger Verbindung mit Technologieplattformen standen, konnten Mechanismen zur Content-Moderation allerdings letztendlich aufholen. Es bleibt noch viel zu tun, um Extremisten von Nutzer-Accounts fernzuhalten und dabei die Auswirkungen auf die legitime Kommunikation zu begrenzen. Eine zunehmend dringende Herausforderung ergibt sich nun daraus, dass Social-Media-Plattformen tendenziell Interaktionen und Posts begünstigen, die eine gesellschaftliche Polarisierung und die darauf folgende Dämonisierung des „Anderen“ schüren. Terroristische Propaganda mag inzwischen zerfallen und im Online-Diskurs marginalisiert sein, doch wenn es um die Rekrutierung und Radikalisierung gewaltbereiter Extremisten geht, könnten sich Desinformationen und toxische Argumente im Mainstream als ebenso effektiv erweisen.

1 Clement, J. (15. Juli 2020), „Distribution of worldwide social media users in 2020, by region“, *Statista*. <https://www.statista.com/remotexs.ntu.edu.sg/statistics/295619/regional-distribution-of-social-media-users-worldwide/>.

2 Clement, J. (24. November 2020), „Leading countries based on Facebook audience size as of October 2020“, *Statista*. <https://www.statista.com/remotexs.ntu.edu.sg/statistics/268136/top-15-countries-based-on-number-of-facebook-users/>.

2 Indonesien

Die zunehmende Polarisierung in der indonesischen Gesellschaft eröffnet lokalen gewalttätigen Extremisten, insbesondere Anhängern des Islamischen Staates (IS), potenziell rettende neue Rekrutierungsmöglichkeiten. Die indonesischen sozialen Medien, die globale Trends widerspiegeln, sind immer stärker von polarisierten Gemeinschaften umkämpft – in diesem Fall oppositionelle Islamisten und eine Koalition regierungsfreundlicher Kräfte. Dies wiederum verschärft die Spannungen. Wenn Räume für Kritik an der Regierung zunehmend unterdrückt werden, könnten Mitglieder einiger islamistischer Oppositionsbewegungen empfänglicher für das Argument der Extremisten werden, sodass ihnen als einziger Weg des Kampfes nur noch die Gewalt bleibt.

Aufstieg und Niedergang des Social-Media-Imperiums des ISIL

Aufgrund seiner systematischen Nutzung sozialer Medien, darunter in Indonesien, konnte der IS ein größeres und breiteres Publikum erreichen als jede extremistische Gruppierung vor ihm. Davor war gewalttätiger Extremismus im Internet größtenteils passwortgeschützten Foren für sorgfältig überprüfte Unterstützer vorbehalten.³ Im Gegensatz dazu entwickelten der IS und seine indonesischen Unterstützer eine lebhaftere, produktive Präsenz auf Facebook und Twitter sowie in Messaging-Apps wie Telegram und WhatsApp, wo sie Propagandavideos und religiöse Traktate veröffentlichten und potenzielle Rekruten in persönlichen Chats ansprachen. Der Online-Kontakt hat die traditionelle persönliche Rekrutierung nicht ersetzt, sondern ergänzt, und gab ihnen das Mittel für eine intensivere, kontinuierlichere und schnellere Radikalisierung.

Die Online-Dominanz der IS-Anhänger war allerdings von relativ kurzer Dauer, da Social-Media-Unternehmen den Extremisten das Leben im Netz immer schwerer machten. Twitter verzeichnete in den Jahren 2015 und 2016 einige der frühesten und umfassendsten Erfolge⁴ und konnte ISIL-Anhänger weitgehend von seiner Plattform verdrängen. Dies führte zu einer Abwanderung der Extremisten zu sichereren Alternativen, vor allem Telegram. Doch selbst Telegram war nur eine vorübergehende Zuflucht; im Jahr 2019 „zerschlug“ eine groß angelegte Kampagne von Europol die IS-Präsenz auf der Plattform.⁵ Auch IS in Indonesien spürte den Druck: Lebhaftere Gruppen, die noch 2017 bis zu 8.000 Mitglieder verzeichneten, schrumpften bis 2020 auf weniger als 200.⁶ Unterstützer, die auf

3 IPAC-Bericht Nr. 24 (30. Oktober 2015), „Online Activism and Social Media Usage among Indonesian Extremists“, *Institute for Policy Analysis of Conflict*. http://file.understandingconflict.org/file/2015/10/IPAC_24_Online_Activism_Social_Media.pdf.

4 Lakhani, Suraj, und Maura Conway (21. August 2017), *The Conversation*. <https://theconversation.com/islamic-states-twitter-network-is-decimated-but-other-extremists-face-much-less-disruption-82657>.

5 Winter, Charlie, und Amarnath Amarasingam (2. Dezember 2019), „The decimation of Isis on Telegram is big, but it has consequences“, *Wired*. <https://www.wired.co.uk/article/isis-telegram-security>.

6 IPAC-Bericht Nr. 48 (27. Juli 2018), „Indonesia and the Tech Giants Vs Isis Supporters: Combating Violent Extremism Online“, *Institute for Policy Analysis of Conflict*. http://file.understandingconflict.org/file/2018/07/IPAC_Report_48.pdf.

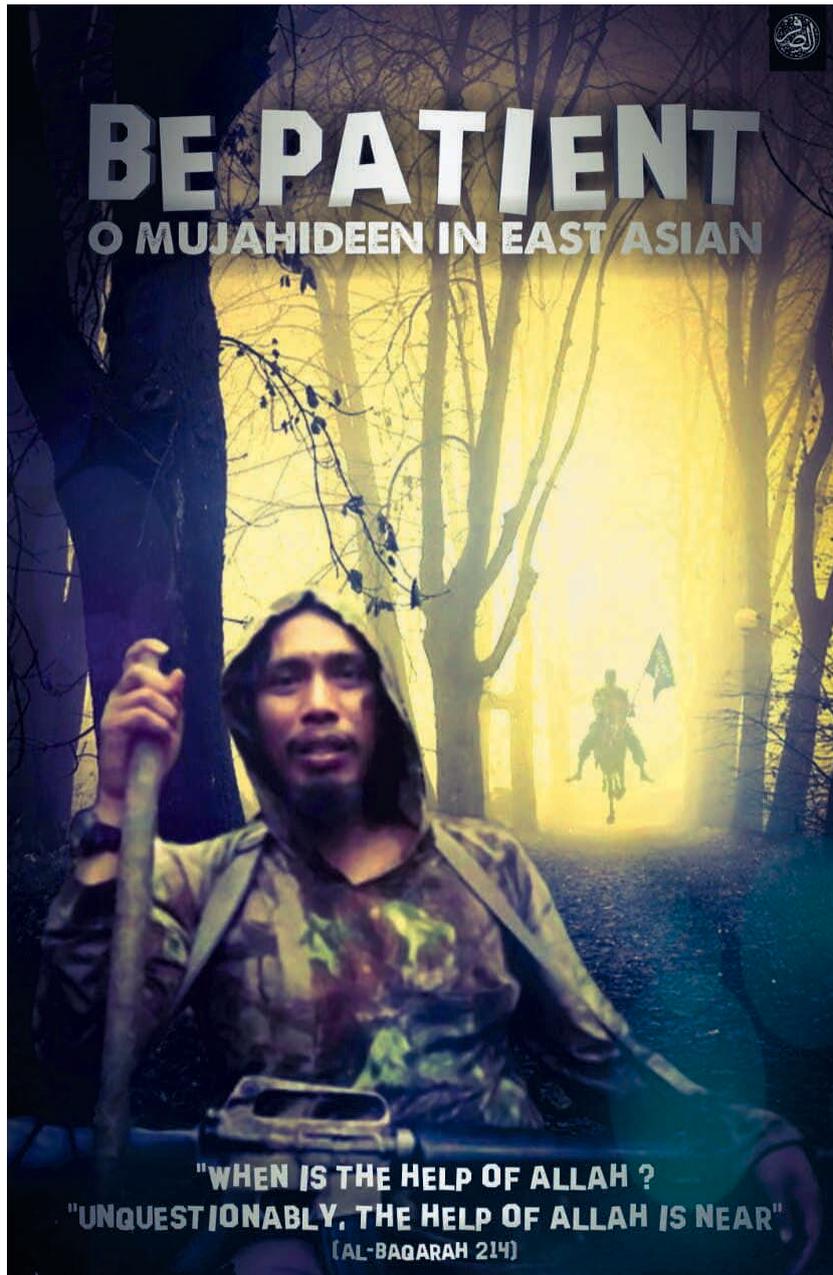


Abb. 1: Poster gestaltet von Ash Shaff Media (Telegram: 8. Oktober 2020)

einer Plattform keine wirkungsvolle Präsenz aufrechterhalten konnten, wurden dadurch in eine fragmentierte, auf diverse Plattformen verteilte Existenz gezwungen.⁷

Die symbiotische Beziehung zwischen Online- und Offline-Welten bedeutete, dass sich reale Rückschläge für den IS im Irak und in Syrien auch auf die virtuelle Präsenz auswirkten: Unterstützern der Gruppe fehlte es nun an neuen und ansprechenden Inhalten, die sie online teilen und zur Rekrutierung nutzen konnten. Den indonesischen Anhängern erging es online nicht besser. Der Fluss indonesisch ausgerichteter Materialien des zentralen IS-Propagandaarms versiegte,

⁷ Krona, Michael (21. Oktober 2020), „Revisiting the Ecosystem of Islamic State’s ‚Virtual Caliphate‘“, Global Network on Extremism and Technology (GNET). <https://gnet-research.org/2020/10/21/revisiting-the-ecosystem-of-islamic-states-virtual-caliphate/>.

als Kämpfer aus dem Archipel in den entscheidenden Schlachten in Mosul⁸ und ar-Raqqā⁹ fielen; offizielle indonesische Übersetzungen anderer IS-Materialien kamen fast zum Erliegen. Anstelle eindrucksvoller IS-Propagandavideos erhalten Indonesier nun eine Mischung aus selbstgemachten Propagandapostern aus „inoffiziellen“ Quellen wie Ash Shaff Media und unscharfen Smartphone-Videos von IS-freundlichen ostindonesischen Mudschahidin-Kämpfern, die sich in den Bergen von Zentralsulawesi verschanzt haben. Selbst diese werden allerdings seltener, da die lokalen Kämpfer angesichts häufiger Anti-Terror-Razzien der Polizei und generell stümperhafter Angriffe von IS-Anhängern wenig haben, mit dem sie angeben können.

Hartnäckiger Widerstand, potenzielle neue Zielgruppen

Trotz allem leisten IS-Anhänger online weiterhin hartnäckigen Widerstand. Die besten Bemühungen der Technologieunternehmen, ihre virtuelle Präsenz zu eliminieren, werden durch eine Kombination aus Täuschung und schierer Entschlossenheit konsequent unterlaufen. Ein prominenter indonesischer IS-Anhänger, der sich derzeit im syrischen Flüchtlingslager Al Hol aufhält, wurde wiederholt von Facebook gesperrt, inszeniert aber regelmäßige Comebacks, die sofort mit Hunderten von Freundschaftsanfragen seitens alter Bekannter und neuer Fans begrüßt werden.¹⁰ Andere nutzen relativ einfache Taktiken wie Internet-„Leetspeak“ (das Ersetzen von Buchstaben durch Zahlen und Symbole), um kontroverse Begriffe zu verschleiern, und neue Plattform-Funktionen wie zeitlich begrenzte „Stories“ (Bildbeiträge), um sowohl automatische als auch menschliche Inhaltszensoren zu umgehen.

Obwohl sie sowohl online als auch offline schwächer sind als seit vielen Jahren, könnten gewalttätige Extremisten nun die zunehmende Polarisierung in Indonesien ausnutzen und dadurch wieder an Kraft gewinnen. Seit 2017 verschärfen sich die politischen und gesellschaftlichen Fronten zwischen der Oppositionsbewegung, die von konservativen islamistischen Gruppen wie der Front Pembela Islam („Front der Islam-Verteidiger“, FPI) angeführt wird, und einer regierungsfreundlichen „militant-pluralistischen“ Koalition, bestehend aus eher säkular orientierten politischen Parteien wie der Demokratischen Partei des Kampfes Indonesiens und muslimischen Mainstream-Gruppen wie Nahdlatul Ulama.¹¹ Ähnlich wie in anderen polarisierten Staaten der Welt betrachten beide Seiten die jeweils andere Seite als existenzielle Bedrohung für den Staat und sich selbst.

Dieses Gefühl der existenziellen Bedrohung löst einen intensiven Wettbewerb im Internet aus und konditioniert immer mehr Indonesier, Einschüchterung und Gewalt als akzeptable Taktiken im Umgang mit Gegnern zu betrachten.¹² „Hashtag-Kriege“ zwischen Befürwortern der beiden Seiten, die auf Twitter an der Tagesordnung sind,¹³ fungieren

8 Rahayu, Heny, und Tia Asmara (9. November 2016), „Keluarga Benarkan Abu Jandal Tewas di Mosul“, *Benar News*. <https://www.benarnews.org/indonesian/berita/abu-jandal-11092016165829.html>

9 BBC News (27. April 2018), „Benarkah Bahrumayah, komandan tertinggi ISIS asal Indonesia tewas di Suriah?“, *BBC News Indonesia*. <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-43889637>.

10 Facebook (November 2020), Ummu Azzam (indonesische IS-Befürworterin in syrischem Flüchtlingslager).

11 Warburton, Eve (16. April 2019), „Polarisation in Indonesia: what if perception is reality?“, *New Mandala*. <https://www.newmandala.org/how-polarised-is-indonesia/>.

12 Hui, Jennifer Yang, und Jordan Newton (2. Oktober 2020), Global Network of Extremism and Technology (GNET). <https://gnet-research.org/2020/10/02/toxic-cybercampaigns-the-muslim-cyber-army-versus-militant-pluralism/>.

13 CNN Indonesia (21. Mai 2019), „KPU Umumkan Jokowi Menang Pilpres, Netizen 'Perang' Tagar“, *CNN*. <https://www.cnnindonesia.com/teknologi/20190521072914-192-396717/kpu-umumkan-jokowi-menang-pilpres-netizen-perang-tagar>.

als Auslöser für Online-Debatten und Offline-Gewalt. Islamistische Gruppen führten eine monatelange Kampagne, angeheizt durch Propaganda und Desinformation im Internet,¹⁴ um die Ergebnisse der nationalen Wahlen 2019, die sie verloren hatten, zu diskreditieren. Die Kampagne schuf eine aufgeladene Atmosphäre und trug zu Unruhen bei, die im Mai letzten Jahres in Jakarta ausbrachen.

Unterdrückung und die Keime neuer Online-Netzwerke

Die harte Repression setzt islamistische Gruppen zunehmend unter Druck, steigert aber auch das Risiko, dass einige in die Arme von Extremisten getrieben werden. Insbesondere der Tod von sechs FPI-Mitgliedern in einer angeblichen Schießerei mit der Polizei im Dezember 2020 löste unter FPI-Anhängern im Internet Wut aus, und zumindest einige von ihnen scheinen eher gewaltbereit zu sein.¹⁵ Eine FPI-freundliche Gruppe postete ein Meme an fast 50.000 Follower auf Telegram, in dem sie dazu aufrief, die Waffen bereit zu machen, um gegen die Polizei zurückzuschlagen.¹⁶



Abb. 2: Pro-FPI-Poster mit Aufruf an Unterstützer: „Ergreife deine Waffen, oh Mudschahed“ (Telegram: 11. Dezember 2020)

14 Potkin, Fanny (22. Mai 2019), „Indonesia curbs social media, blaming hoaxes for inflaming unrest“, *Reuters*. <https://www.reuters.com/article/indonesia-election-socialmedia/indonesia-curbs-social-media-blaming-hoaxes-for-inflaming-unrest-idUSL4N22Y2UP>.

15 Chadijah, Rina (7. Dezember 2020), „Indonesian Police Kill 6 Supporters of Firebrand Muslim Cleric in Road Encounter“, *Benar News*. <https://www.benarnews.org/english/news/indonesian/id-rizieq-killings-12072020101536.html>.

16 FPI-Propaganda-Kanal „Angin Gunung“ auf Telegram (12. Dezember 2020).

Bislang hat dieser Zwischenfall nicht zu Gewalt geführt. Die FPI-Anhänger haben auch von Vergeltungsmaßnahmen abgesehen, nachdem die Regierung (teils aufgrund der Schießerei vom Dezember) die Organisation verbot und ihren Anführer Rizieq Syihab verhaftete. Dennoch stehen IS-Anhänger offenbar bereit, jeden Anstieg der Militanz auszunutzen, und einige sinnieren in privaten Chat-Gruppen, dass die FPI-Anhänger jetzt „reif für die Rekrutierung“ seien.¹⁷

Eine breite Hinwendung der FPI oder anderer islamistischer Gruppen zum Terrorismus scheint unwahrscheinlich, doch der häufigere Online-Kontakt mit IS-Anhängern erhöht das Risiko, dass zumindest einige Anhänger Gewalt als den einzigen verbleibenden Weg für ihren Kampf sehen könnten. Obwohl einige ideologische Berührungspunkte existieren, wie z. B. der Wunsch nach einem islamischen Gemeinwesen, lehnen FPI- und IS-Anhänger einander traditionell vehement ab.¹⁸ Dennoch gibt es einen Präzedenzfall für den Übergang von islamistischen Gruppierungen zu terroristischen Netzwerken: Der gesamte FPI-Zweig im Bezirk Lamongan in Ostjava erklärte 2016 seine Unterstützung für den IS, nachdem dort ein geistliches Führungsvakuum durch einen bekannten Pro-IS-Prediger gefüllt worden war.¹⁹ IS-Anhänger könnten versuchen, ähnliche Lücken für desillusionierte FPI-Mitglieder zu füllen: Einige haben bereits Chat-Gruppen eingerichtet, die islamistische Namenskonventionen und Ikonografie verwenden, um einen stärkeren Kontakt zwischen ihnen und FPI-Anhängern zu fördern.²⁰ Sollten sich FPI-Mitglieder radikalieren, erscheint es plausibel, dass Chatgruppen wie diese einen wichtigen Einstieg darstellen.

Die bedeutenden Fortschritte bei der Reduzierung der Reichweite gewalttätiger Extremisten während der letzten Jahre könnten untergraben werden, wenn ein Anstieg der Polarisierung eine neue Generation potenzieller Rekruten im Internet liefert. Technologische Lösungen werden entscheidend dazu beitragen, ein Abgleiten in die Gewalt einzudämmen: Der Content-Moderation kommt bei der Unterdrückung gewalttätiger extremistischer Stimmen eine Schlüsselrolle zu, und gewaltverherrlichendes Material sollte weiterhin im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Ebenso gilt es allerdings, die Struktur von Social-Media-Plattformen anzugehen, die Sensationslust und Viralität belohnt – zwei Dinge, die Extremisten aller Couleur in die Hände spielen – und eine immer stärkere Fragmentierung sowie die Entwicklung selbstgewählter digitaler Echokammern fördert. Es muss mehr dafür getan werden, zivile Debatten und gemeinsame Räume für gegensätzliche Sichtweisen in der Gesellschaft zu fördern, sodass Menschen nicht an den Rand gedrängt werden, wo Gewalt eine attraktive Option wird.

17 IS-Sympathisant auf Facebook (8. Dezember 2020).

18 Einige IS-Anhänger planten sogar, den FPI-Führer Habib Rizieq Shihab anzugreifen. IPAC-Bericht Nr. 25 (1. Februar 2016), „Disunity among Indonesian ISIS supporters and the risk of more violence“, *Institute for Policy Analysis of Conflict*. http://file.understandingconflict.org/file/2016/04/IPAC_25_-_5.pdf.

19 IPAC-Bericht Nr. 18 (15. April 2015), „Indonesia's Lamongan Network: How East Java, Poso and Syria are Linked“, *Institute for Policy Analysis of Conflict*. http://file.understandingconflict.org/file/2015/04/IPAC_18_Lamongan_Network.pdf.

20 Pro-IS-Chatgroup „Alumni 411 & 212“ auf Telegram (13. Dezember 2020).

3 Philippinen

Im Jahr 2017 wurde die Innenstadt der Islamischen Stadt Marawi im Süden der Philippinen von der selbsternannten lokalen Gruppe Dawlah Islamiyah-Lanao (DIL), die dem IS die Treue schwor, dem Erdboden gleichgemacht. Der sogenannten Schlacht um Marawi gingen Online-Aktivitäten von DIL-Mitgliedern und -Sympathisanten voraus. Die DIL-Propaganda stellt Identitätspolitik in den Mittelpunkt und behauptet, christianisierte Filipinos würden Muslime ausgrenzen. Die Spuren dieses „Othering“ der muslimischen Moro-Minderheit reichen zurück bis zur Gründung der ethno-nationalistischen Befreiungsfront, bekannt als Moro National Liberation Front (MNLF), in den 1970er Jahren.

Die MNLF entstand als Reaktion auf die Politik der Ausgrenzung und wirtschaftlichen Marginalisierung durch die nationale Regierung in Manila, die diskriminierende Landgesetze gegen die Moro und die indigene Bevölkerung erließ und christliche Siedler aus Luzon und den Visayas begünstigte.²¹ Die philippinische Regierung unternahm mehrere Friedensverhandlungen mit der MNLF und ihrer Nachfolgegruppe, der Moro Islamic Liberation Front (MILF). Diese führten schließlich zur Bildung der Autonomen Region Bangsamoro im muslimischen Mindanao (BARMM), einem erweiterten politischen Bangsamoro-Gebiet, im Jahr 2019.

DIL-Propaganda vor und nach der Schlacht von Marawi

Extremistische Botschaften auf den Philippinen sind inhaltlich stark ortsgebunden und mit lokalen Beschwerden verknüpft, die sich oft aus den provinziellen Anliegen der örtlichen Bevölkerung ergeben. Inhalte, die Unterstützung für gewalttätige Extremisten ausdrücken, werden häufig in Bangsamoro-Sprachen geteilt, insbesondere Maranao, Maguindanao und Tausug.²² Die Verbreitung viraler Mitteilungen von globalen islamischen Kanälen, die sich den weltpolitischen Diskurs „Islam gegen den Westen“ zunutze machen, heizt die örtliche Stimmung auf.

Die Botschaft des „Islamic State Ranao“ (ein vom DIL bei der Online-Rekrutierung verwendeter Name) wird von einem Religionsführer in Marawi City folgendermaßen formuliert: „Wir befinden uns jetzt im Krieg mit den Kafirn [Ungläubigen], daher ist der Kampf der muslimischen Nationen ein Kampf zwischen dem ‚Guten‘ (der islamischen Welt) und dem ‚Bösen‘ (der von den USA geführten demokratischen Weltordnung). ‚Dschihad fi-sabilillah‘ (Krieg für die Sache des Islam) muss gekämpft werden. Es wird zu einer moralischen Verpflichtung jedes Gläubigen, für die Sache Allahs zu kämpfen, für den Frieden und die Wiederbelebung des Khalifa Islamiyyah (Islamischen Staats).“²³

21 Montiel, C. J., Rodil, R. B., und Guzman, J. M. d. (2012). „The Moro struggle and the challenge to peace building in Mindanao, Southern Philippines“, in Landis, D. und Albert, R. D. (Hg.), *International and cultural psychology. Handbook of ethnic conflict: International perspectives* (Springer Science + Business Media): S. 71–89. https://doi.org/10.1007/978-1-4614-0448-4_4.

22 The Asia Foundation und Rappler (2018). *A Study on Understanding Violent Extremism: Messaging and Recruitment Strategies on Social Media in the Philippines*.

23 Persönliches Interview, Aleem Musa (Alias) (5. September 2019), Barrio Salam, Mindanao State University-Marawi, Philippinen.

DIL-Nachrichten auf Apps wie Telegram gingen weiter, als nur ideologische Inhalte neu zu verpacken. Zwei von Filipino-sprachigen Nutzern moderierte Kanäle produzierten zwischen Juni und August 2016 aktiv Originalmaterial, wobei sich einer auf die Produktion von Berichten auf taktischer Ebene konzentrierte.²⁴ Dies war ein Zeichen für die Vorbereitungen auf die Scharmützel mit dem philippinischen Militär Ende 2016 in Butig, einer Gemeinde südlich von Marawi. Inhalte auf dem anderen Kanal konzentrierten sich auf frühere Aktivitäten des verstorbenen Isnilon Hapilon vor seinem Bekenntnis zum IS im Jahr 2015.

Telegram-Inhalte zeigten vorwiegend Trainingsaktivitäten von „IS Ranao“-Kräften [Abb. 3] und zur Schau gestellte, von Regierungstruppen eroberte *Ghanima* (Kriegsbeute) [Abb. 4].²⁵ Die erwartete Flut von Inhalten aus der Kampfzone von Marawi, auch als „Most Affected Area“ (MAA) bezeichnet, blieb interessanterweise aus. Nur wenige Videos aus DIL-Quellen wurden über IS-nahe Kanäle wie Amaq weiterverbreitet. Diese Clips zeigen zumeist die ersten Tage der Kämpfe.²⁶



Abb. 3: Foto des IS Ranao, das Schießübungen zeigt

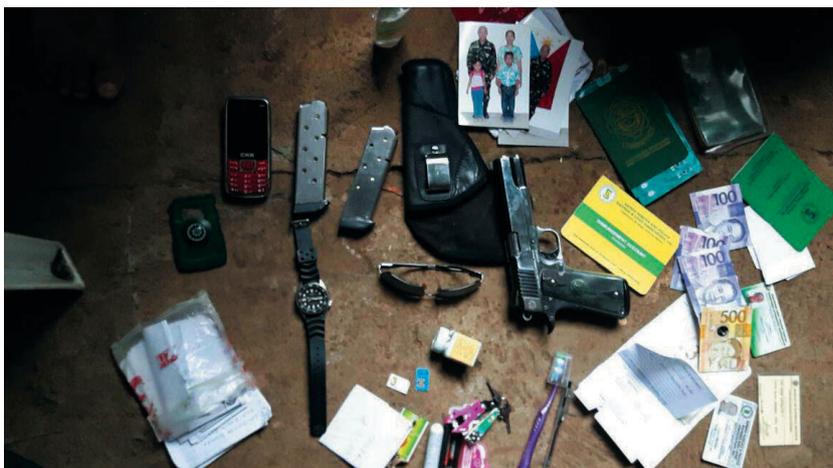


Abb. 4: Foto von Gegenständen, die ermordeten Soldaten abgenommen wurden

24 Franco, Joseph (2017), „Assessing the feasibility of a ‘Wilayah Mindanao‘“, *Perspectives on Terrorism* Band 11 Nr. 4: S. 29–38.

25 Screenshots von Telegram-Accounts des IS Ranao, bearbeitet aus Franco, „Assessing the Feasibility“, S. 32.

26 Knight, Charles, und Katja Theodorakis (31. Juli 2019), „The Marawi crisis – urban conflict and information operations“, *Australian Strategic Policy Institute*. <https://www.aspi.org.au/report/marawi-crisis-urban-conflict-and-information-operations>.

Material aus der MAA war zwar von kurzer Dauer, diente aber dennoch als nützliches Propagandamittel für die IS-Führung im Irak und in Syrien. Das IS-Magazin *Rumiyah* veröffentlichte eine Sonderausgabe mit dem Titel „Der Dschihad in Ostasien“, gefolgt von einer Serie von Propagandavideos namens „Im Kalifat“. Das Narrativ gab den philippinischen Streitkräften (AFP) die Schuld an der Zerstörung der Stadt und stellte den Dschihad in Marawi als eine Verteidigungsaktion dar.²⁷

Das breitere dschihadistische Online-Umfeld

Über die Propaganda hinaus haben extremistische Gruppen ihre Rekrutierungsbemühungen an örtlichen Universitäten und High-Schools sowie auf Social-Media-Plattformen verstärkt. Die neue Gruppe junger, fanatischer, gewalttätiger Extremisten hat sogar die MILF-Führung herausgefordert und erklärt, die Verhandlungen der Führung mit der philippinischen Regierung, einer Regierung der Ungläubigen, bedeute, dass sie den wahren Geist des Dschihad aufgegeben habe.²⁸ Informationen von Teilnehmern legen nahe, dass der DIL für sie mehr als nur eine Organisation ist; er repräsentiert eine Ideologie, die ein heroisches Narrativ von einer idealisierten Version der Ummah schafft. Unter angehenden Rekruten wird dieses Narrativ entweder online über soziale Medien geteilt oder durch Indoktrination in sogenannten *halaqa* (Studienzirkeln) verbreitet.²⁹

Auch wenn die Online-Kommunikation nicht allein für die Radikalisierung im muslimischen Mindanao verantwortlich ist, verstärken soziale Medien doch das bestehende soziale Netzwerk in der realen Welt, in dem lokal verwurzelte, berechtigte Beschwerden über Ausgrenzung, Diskriminierung und Unterentwicklung kursieren. Unter dem Deckmantel legitimer religiöser Aktivitäten nutzen Extremisten die sozialen Medien als Plattform für ihre politische Agenda und psychologische Manipulation.

Online-Dschihad: Rekrutierung über Facebook

Facebook spielt eine wichtige Rolle im Rekrutierungsprozess und für die Beeinflussungs- und Überzeugungsbestrebungen extremistischer Anwerber. Wie ein persönliches Gespräch mit einem ehemaligen DIL-Mitglied ergab, handelt es sich bei potenziellen Rekruten um junge, männliche Universitäts- oder College-Studenten aus wirtschaftlich schwachen Gemeinden in Mindanao oder der BARM. Es gibt zwar auch weibliche Rekruten, doch ihre Rolle beschränkt sich darauf, als Unterstützungsnetzwerk für die GE-Gruppen der Männer zu dienen. Einige der weiblichen Rekruten traten nur widerwillig bei und kamen als Ehefrauen oder Schwestern von Gruppenmitgliedern dazu.³⁰ Mitglieder dieser Art durchlaufen normalerweise keine Indoktrination.

Die Rekrutierer nutzten eine Kombination aus Online-Rekrutierung, privaten Nachrichten in geschlossenen Facebook-Gruppen und

27 Franco, Joseph (29. November 2017), „Marawi: Winning the War After the Battle“, International Centre for Counter-Terrorism – The Hague (ICCT). <https://icct.nl/publication/marawi-winning-the-war-after-the-battle/>.

28 In einer „Listening Session“ am 6. November 2016 erwähnten Teilnehmer einen Vorfall im Jahr davor, als eine Gruppe junger Personen, angeblich Mitglieder der Maute-Gruppierung, Commander Bravo als „Murtad“ bezeichneten, nachdem dieser ihre Einladung, sich der Sache anzuschließen, abgelehnt hatte. Commander Bravo leitet die Northwest-Front der Moro Islamic Liberation Front.

29 Ein arabischer Begriff für eine religiöse Versammlung speziell zum Studium des Korans und des Islam.

30 Persönliches Interview, ehemaliges weibliches Mitglied von IS Ranau (19. Dezember 2019), Marawi City.

Offline-Kontakten.³¹ Um mehr Anhänger zu gewinnen, setzten die Rekrutierer charismatische junge Mitglieder ein, die gut Verse aus dem Koran rezitieren konnten.³² Im Mittelpunkt ihrer Rekrutierungsstrategie stehen die Themen „Dschihad fi-sabilillah“ (Kampf für die Sache Allahs) und Ummah. Da'wa (der Ruf zum Islam) erfolgt über geschlossene Gruppen oder private Facebook-Seiten:

Zunächst werden wir nach unserem persönlichen Hintergrund gefragt. Dann beginnt die Person auf der anderen Seite des Bildschirms ihre Indoktrination und nennt Fälle von muslimischen Verfolgungen auf der ganzen Welt als ein Zeichen dafür, dass sich der Islam im Belagerungszustand befindet und die islamische Welt (Ummah) deshalb in einem immerwährenden Krieg gegen die Ungläubigen leben muss. Außerdem schürt der Rekrutierer laufend Angst, indem er andeutet, dass diejenigen, die sich ihnen nicht anschließen, dies am Ende bereuen werden. Die Indoktrination findet online statt, besonders unter den jungen Rekruten. Wir hatten auch das Gefühl, dass wir uns kennen, weil wir die gleiche Sprache sprechen, nicht Englisch, nicht Arabisch, sondern meine eigene Sprache, Meranao.³³

Dieser Prozess in privaten, kleinen Gruppen verfestigt die Bestätigungsfehler. Außerdem unterstreicht er die Treue gegenüber religiösen und subnationalen ethnischen Zugehörigkeiten. Die Online-Rekrutierung des DIL ist erfolgreich, weil seine Social-Media-Accounts eine Erweiterung des Offline-Netzwerks bilden. Online rekrutierte Personen werden eingesetzt, um Botschaften zu teilen, die in die jeweiligen Sprachen/Dialekte der örtlichen Gemeinschaft übersetzt wurden.

Der Weg nach vorn

In „Bangsamoro Watch“,³⁴ einer vermeintlich offenen Facebook-Gruppe, die ursprünglich als Bürger-Aufsicht der BARMM gedacht war, wird ein Mikrokosmos an umstrittenen Identitäten in Bangsamoro sichtbar. Zu den Mitgliedern gehören religiöse Konservative, progressive Aktivisten und Zyniker, die online ihre eigenen Formen ausgrenzender Politik vertreten. Die Polemik auf dieser Facebook-Seite unterstreicht die Notwendigkeit, den Geist der demokratischen Partizipation in der BARMM sowohl online als auch offline zu fördern.

Die von der MILF geführte Bangsamoro Transition Authority bemüht sich, das Prinzip einer inklusiven und geschlechtergerechten autonomen Regierung in der BARMM zu fördern. Die Einbindung junger Menschen und von Frauen geführter Haushalte in der Bangsamoro-Region ist unerlässlich, denn durch die Vermittlung alternativer Botschaften rund um Vielfalt, religiöse Toleranz und kulturellen Pluralismus, die die Vorstellung von Islamophobie und ausgrenzender Politik zerstreuen, bilden diese Gruppen ein zentrales Gegengewicht zu Hassreden im Internet.

31 Pantao, Jovar (2019), „Ecological Influences to Violent Extremism: Basis for the Development of Global Citizenship Education Framework“, unveröffentlichte Dissertation, School of Graduate Studies, Mindanao State University, General Santos City.

32 Feldnotizen, Peace Formation Workshop (25. November 2019), MSU-Marawi City.

33 Feldnotizen, Peace Formation Workshop (19. Dezember 2019), Iligan City.

34 Siehe <https://web.facebook.com/groups/821542374608074>.

4 Myanmar

Soziale Medien gelten in der Regel nicht nur als Medium³⁵, sondern auch als Nährboden für Extremismus.³⁶ Allerdings sollte der technologisch verbreitete Extremismus auf Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter nicht als in sich geschlossenes Problem behandelt werden. Online-Extremismus geht dem Offline-Extremismus oft voraus, begleitet ihn oder folgt ihm, und der Extremismus auf beiden Plattformen nährt sich gegenseitig.³⁷

Gegenstand dieses Abschnitts ist die Beziehung zwischen Extremismus, Gruppen und technologischer Verbreitung. Myanmar ging ab 2010 vom militärischen bzw. militärisch dominierten Autoritarismus zu einer teilweisen Wahldemokratie über und ist nun nach einem weiteren Militärputsch am 1. Februar 2021 zur Militärherrschaft zurückgekehrt. Online-/Offline-Extremismus und Gewalt haben sich in den letzten acht Jahren zu einem ernsthaften Problem entwickelt. Anti-muslimischer und Anti-Rohingya-Extremismus sind die beiden schwerwiegendsten Formen des Extremismus in Myanmar im Übergang.

Islam-/muslimfeindlicher Extremismus

Anti-muslimischer Extremismus kam mit der Gründung der symbolischen „Buy Buddhist“-Bewegung 969 im Oktober 2012 zum Vorschein, als Reaktion auf die Gewalt zwischen Religionen und Gemeinschaften im Rakhaing-Staat. Dies führte im Juni 2013 zur Gründung der größeren, mobilisierungsfreudigeren Bewegung Ma Ba Tha (Organisation für den Schutz von Rasse und Religion). Ma Ba Tha produziert und propagiert eine extremistische Version anti-muslimischer / pro-buddhistischer Bestrebungen.³⁸ Ma Ba Tha gab sich emotional, „vernünftig“ und verschwörerisch. Es wurde behauptet, Muslime würden absichtlich nur in von Muslimen geführten Geschäften einkaufen, um ihre eigene Gemeinschaft zu bereichern, während polygame muslimische Männer gezielt bemüht seien, buddhistische Frauen aus bescheideneren sozioökonomischen Verhältnissen zu verführen, um sie zu heiraten, zum Islam zu bekehren und schließlich größere Familien zu haben.³⁹ Dieser muslimische Plan, hieß es, würde letztendlich zu einer demografischen Katastrophe und einer kleineren buddhistischen Bevölkerung in Myanmar führen.⁴⁰

35 Klausen, Jytte (2015), „Tweeting the Jihad: Social Media Networks of Western Foreign Fighters in Syria and Iraq“, *Studies in Conflict & Terrorism* Band 1 Nr. 38: S. 1–22.

36 Vicario, Michela Del, Gianna Vivaldo, Alessandro Bessi, Fabiana Zollo, Antonio Scala, Guido Caldarelli, und Walter Quattrociocchi (29. Juni 2016), „Echo Chambers: Emotional Contagion and Group Polarization on Facebook“, *Scientific Reports*. <https://arxiv.org/pdf/1607.01032v1.pdf>.

37 Wojcieszak, Magdalena (2010), „Don't Talk to Me': Effects of Ideologically Homogeneous Online Groups and Politically Dissimilar Offline Ties on Extremism“, *New Media & Society* Band 4 Nr. 12: S. 637–55.

38 Kyaw, Nyi Nyi (2016), „Islamophobia in Buddhist Myanmar: The 969 Movement and Anti-Muslim Violence“, in Crouch, M. (Hg.), *Islam and the State in Myanmar: Muslim-Buddhist Relations and the Politics of Belonging* (Delhi: Oxford University Press).

39 ebd.

40 ebd.

All diese extremistischen, anti-muslimischen Diskurse mit angeblichen, unbewiesenen oder übertriebenen Geschichten über buddhistische, von muslimischen Männern schlecht behandelte und bekehrte Frauen, wurden zwischen 2013 und 2015 von Ma Ba Tha-Mönchen, Laienpropagandisten und Anhängern unermüdlich verbreitet, sowohl offline als auch online. Die damalige Regierung unter Thein Sein und das Parlament stellten sich auf ihre Seite und verabschiedeten bis August 2015 vier Rassenschutzgesetze.⁴¹ Der Extremismus von Ma Ba Tha wurde über Facebook verbreitet, das sich zur populärsten Social-Media-Plattform in Myanmar entwickelte.

Hunderte Facebook-Accounts von Ma Ba Tha-Mönchen wie U Wirathu und seinen Anhängern waren an der extremistischen Hasskampagne beteiligt,⁴² die durch Offline-Aktivitäten gespeist wurde. Zu den dabei verwendeten Materialien gehörten unter anderem Unterschriftenkampagnen, Zeitschriften, Magazine, Pamphlete, Erklärungen, Bücher, Straßenproteste, Predigten von Mönchen, Vorträge von Laien, Konferenzen, öffentliche Konsultationsworkshops, Pressekonferenzen, Bilder, Lieder, Lebensgeschichten und Filme – alles sowohl offline als auch online verbreitet.

Anti-Rohingya-Extremismus

Ma Ba Tha ist eine pro-buddhistische, religiöse Bewegung. Ihr Extremismus machte deshalb keinen wirklichen Unterschied zwischen Nicht-Rohingya-Muslimen und Rohingya-Muslimen. Für die Organisation sind der Islam und die meisten Muslime, wenn nicht sogar alle, eine Bedrohung für Buddhisten und den Buddhismus. Es gibt jedoch einen deutlichen Unterschied zwischen Nicht-Rohingya- und Rohingya-Muslimen. Nicht-Rohingya-Muslime (die etwa 2 % der Bevölkerung Myanmars ausmachen) werden weitgehend als Bürger des Landes akzeptiert. Im Gegensatz dazu werden Rohingya-Muslime (2,3 %) fast durchgängig nicht als Bürger betrachtet, sondern als „illegale“ bengalische Migranten oder Infiltratoren aus Bangladesch.

Aufgrund dieser doppelt inakzeptablen Eigenschaften – d. h. sowohl muslimisch als auch illegal zu sein – war Ma Ba Tha auch extrem anti-Rohingya. Die angebliche Illegalität der Rohingya hat dazu beigetragen, weitere Gläubige ebenso wie Erzeuger und Verbreiter von Anti-Rohingya-Extremismus für die Gruppe zu gewinnen. Generell gibt es eine Reihe von Varianten der „Rohingya-Phobie“ mit unterschiedlichen Schweregraden. Gruppen wie die ethno-nationalistischen Rakhaing-Buddhisten und Ma Ba Tha lehnen die Rohingya „total“ ab. Die mildere Version zeigt sich bei Menschen in Myanmar, die anzweifeln, ob die Rohingya Anspruch auf die myanmarische Staatsbürgerschaft haben oder ob sie aufgrund

41 Die vier Gesetze verbieten Polygamie, schränken interreligiöse Ehen zwischen buddhistischen Frauen und nicht-buddhistischen Männern ein, behindern religiöse Bekehrung und reduzieren Familiengröße und Bevölkerungswachstum, alles als Reaktion auf angebliches muslimisches Verhalten, das Buddhisten und den Buddhismus bedroht.

42 Basierend auf der Beobachtung solcher Accounts durch den Autor von 2012 bis 2016. Zum Stand von Ende 2019 sind die meisten Accounts, wenn nicht sogar alle, entweder von Facebook entfernt worden oder nicht mehr aktiv.

der ethno-religiösen Unterschiede zwischen der muslimischen Minderheit und der buddhistischen Mehrheit als Teil der Nation Myanmar gelten können.⁴³

Der Rohingya-feindliche Extremismus in Myanmar wurde nach den örtlichen Ausschreitungen im Rakhaing-Staat im Juni 2012 sichtbar und erstarkte besonders, nachdem die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) – ehemals Harakah al-Yaqin (Glaubensbewegung) – am 9. Oktober 2016 und 25. August 2017 Posten im nördlichen Rakhaing-Staat angriff und dabei neun bzw. zwölf Mitglieder der myanmarischen Sicherheitskräfte tötete. Seit dem Tag des zweiten Angriffs wird die ARSA von der Regierung Myanmars als terroristische Organisation eingestuft. Bis 2016 beschränkte sich die Rohingya-Phobie hauptsächlich auf Ma Ba Tha, Rakhaing-Buddhisten und das myanmarische Militär. Die Entstehung der ARSA und deren Angriffe während der Regierungszeit der Nationalen Liga für Demokratie (NLD, März 2016 – Januar 2021) hat Anhänger der Vorsitzenden der NLD, Aung San Suu Kyi, mobilisiert.

Unterstützer von Aung San Suu Kyi verteidigten sie und die NLD-Regierung sichtbar und lautstark auf Facebook und Twitter.⁴⁴ Im Laufe der Zeit resultierte die „wohlmeinende“ Verteidigung in einem breiteren Rohingya-feindlichen Diskurs. Der Diskurs ebte 2018 ab, um dann im November und Dezember 2019 wieder anzusteigen,⁴⁵ als Myanmar von der Republik Gambia vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) des Völkermordes bezichtigt wurde und Aung San Suu Kyi vor dem Gericht erscheinen musste. Ihre Unterstützer sind in Myanmar in der Mehrheit; die meisten von ihnen sind der Meinung, dass das harte Durchgreifen des Militärs gegen die ARSA zu dem laufenden IGH-Verfahren geführt hat, ob dies nun Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommt oder nicht.

Facebook reagierte in den Jahren 2012 bis 2015 enttäuschend langsam auf die Welle des anti-muslimischen Extremismus und wurde zur Zielscheibe der zunehmenden internationalen Kritik an Myanmars Unterdrückung der Rohingya und der Rolle, die Facebook bei der Anstiftung und Duldung von Gewalt und Extremismus gegen die Rohingya spielte.⁴⁶ Im November 2018 gestand Facebook ein, man hätte Online-Extremismus besser überwachen und entfernen können, und versprach, dies in Zukunft zu tun.⁴⁷ Facebook entfernte 18 Facebook-Accounts, 52 Seiten und einen Instagram-Account, darunter die von Min Aung Hlaing, Oberbefehlshaber der Streitkräfte Myanmars, und des vom Militär betriebenen Fernsehsenders Myawady am 28. August 2018; 13 Facebook-Seiten und zehn Accounts am 15. Oktober 2018; 135 Facebook-Accounts, 425 Seiten, 17 Gruppen und 15 Instagram-Accounts am 18. Dezember 2018;⁴⁸ vier bewaffnete ethnische Gruppen, darunter die Arakan-Armee,

43 Cheesman, Nick (2017), „How in Myanmar ‘National Races’ Came to Surpass Citizenship and Exclude Rohingya“, *Journal of Contemporary Asia* Band 3 Nr. 47: S. 461–83.

44 Beobachtung der Accounts von NLD- und Aung San Suu Kyi-Unterstützern auf Facebook und Twitter durch den Autor von August 2017 bis Dezember 2019.

45 ebd.

46 Miles, T. (12. März 2018), „U.N. Investigators Cite Facebook Role in Myanmar Crisis“, *Reuters*. <https://www.reuters.com/article/us-myanmar-rohingya-facebook-idUSKCN1GO2PN>.

47 Warofka, A. (5. November 2018), „An Independent Assessment of the Human Rights Impact of Facebook in Myanmar“, Facebook. <https://about.fb.com/news/2018/11/myanmar-hria/>.

48 Facebook (28. August 2018), „Removing Myanmar Military Officials from Facebook“. <https://about.fb.com/news/2018/08/removing-myanmar-officials/>.

am 5. Februar 2019;⁴⁹ 89 Facebook-Accounts, 107 Seiten, 15 Gruppen und fünf Instagram-Accounts am 21. August 2019⁵⁰ sowie 13 Facebook-Accounts und zehn Seiten am 12. Februar 2020.⁵¹

Bis Anfang 2020 scheinen all diese Maßnahmen in Myanmar eine Facebook-Nutzergemeinschaft geschaffen zu haben, die vorsichtiger mit dem umgeht, was sie postet und teilt, besonders im Zusammenhang mit den Rohingya. Obwohl es nicht direkt mit den Rohingya oder ihren extremistischen Gegnern zu tun hat, gab Facebook im August 2020 bekannt⁵², man werde nach wahlbezogenen Hassreden und Falschnachrichten Ausschau halten. Hauptsächlich im Zusammenhang mit Wahlen entfernte Facebook bis 2020 weitere Facebook-Accounts, -Seiten und -Gruppen sowie Instagram-Accounts⁵³ und arbeitete mit der myanmarischen Zivilgesellschaft zusammen.⁵⁴

Vor, während und nach den Wahlen am 8. November 2020 waren extremistische Hassreden, ob gegen Muslime oder gegen die Rohingya, auf Facebook eher spärlich und unwesentlich. Dies erklärt sich aus dem schwindenden Einfluss von Ma Ba Tha und gleichgesinnten Gruppen, zumindest seit 2018, der Irrelevanz der Rohingya und des IGH-Verfahrens als Wahlkampfthema und dem weitgehend online geführten Wahlkampf vom 8. September bis zum 6. November 2020. Auf Facebook gab es einige Fälle von Falschnachrichten über Parteien und Kandidaten. Falschnachrichten und Hassreden verbreiteten sich nicht so schnell wie theoretisch möglich. Zu verdanken war dies auch mehreren Faktencheck-Programmen, durchgeführt von myanmarischen Medien wie Myanmar Now⁵⁵ und Mizzima⁵⁶ sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Myanmar ICT Development Organisations,⁵⁷ oft in Zusammenarbeit mit Facebook, denen es gelang, derartige Inhalte zu kontrollieren.

Möglichkeiten im Kampf gegen technologisch verbreiteten Online-Extremismus

Am Fall Myanmar lassen sich vier Aspekte des technologisch verbreiteten Extremismus in den sozialen Medien ablesen. Erstens tritt er im Kontext einer breiteren politischen und sozialen Wandlung auf, in Myanmar beispielsweise im Rahmen eines demokratischen Übergangs. Zweitens ist das Internet nicht die einzige Plattform, auf der sich Extremismus manifestiert – die Online- und Offline-Welten sind beide mitschuldig. Drittens sind es nicht Einzelpersonen, sondern Gruppen, die sich an diesem Projekt beteiligen. Viertens trägt die Wachsamkeit von Social-Media-Plattformen wie Facebook sowie von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Medien in den jeweiligen Ländern wesentlich zur Reduzierung des Online-Extremismus bei.

49 Facebook (5. Februar 2019), „Banning More Dangerous Organizations from Facebook in Myanmar“. <https://about.fb.com/news/2019/02/dangerous-organizations-in-myanmar/>.

50 Facebook (21. August 2019), „Taking Down More Coordinated Inauthentic Behavior in Myanmar“. <https://about.fb.com/news/2019/08/more-cib-myanmar/>.

51 Gleicher, N. (12. Februar 2020), „Removing Coordinated Inauthentic Behavior From Russia, Iran, Vietnam and Myanmar“, Facebook. <https://about.fb.com/news/2020/02/removing-coordinated-inauthentic-behavior/>.

52 Frankel, R. (31. August 2020), „How Facebook Is Preparing for Myanmar's 2020 Election“. <https://about.fb.com/news/2020/08/preparing-for-myanmars-2020-election/>.

53 Facebook (5. November 2020), „October 2020 Coordinated Inauthentic Behavior Report“. <https://about.fb.com/news/2020/11/october-2020-cib-report/>.

54 Facebook (23. September 2020), „Additional Steps to Protect Myanmar's 2020 Election“. <https://about.fb.com/news/2020/09/additional-steps-to-protect-myanmars-2020-election/>.

55 Myanmar Now (o. D.), „FACTCHECK“. <https://www.myanmar-now.org/mm/topics/2705>.

56 Mizzima. (o. D.), „MISINFORMATION BUSTERS“. <https://www.mizzimaburmese.com/news-category/32199>.

57 Hmue Angel (15. Oktober 2020), „MIDO To Fact-Check Facebook News“, *Myanmar Times*. <https://www.mmimes.com/news/mido-fact-check-facebook-news.html>.

5 Indien

Während der Coronavirus-Pandemie in Indien gab es in den indischen sozialen Medien zwei auffällige Themen. Erstens wurde eine Versammlung der islamischen Gruppe Tablighi Jamaat für die Verbreitung von Coronavirus verantwortlich gemacht, wobei pro-hinduistische nationalistische Medien und politische Parteien den Vorfall in einer regelrechten Kampagne⁵⁸ zur Verteufelung indischer Muslime ausschlachteteten.⁵⁹ Die Kampagne führte zum Boykott von muslimischen Geschäften und Verkäufern,⁶⁰ zum Aussperren von Muslimen aus Stadtteilen⁶¹ und zu Gewalt. Ein weiteres heißes Thema in den sozialen Medien war eine Kampagne gegen eine Werbung, die eine interreligiöse Ehe zwischen einem Muslimen und einer Hindu zeigte. Der Werbespot stieß auf Empörung bei rechtsgerichteten Hindu-Nationalisten, die behaupteten, dies sei ein Beispiel für den „Liebes-Dschihad“, bei dem muslimische Männer angeblich Hindu-Frauen umwerben und in die Ehe locken, um sie zum Islam zu bekehren.⁶² In der Folge wurden in mehreren Bundesstaaten, in denen die Indische Volkspartei (BJP) regiert, Gesetze gegen den „Liebes-Dschihad“ verabschiedet.⁶³

Dass beide Themen derart an Aufmerksamkeit gewannen, liegt teils an der erheblichen hindu-nationalistischen Präsenz, die sowohl traditionelle als auch neue Medien zur Verbreitung von Falschinformationen nutzt.⁶⁴ Plattformen wie Facebook,⁶⁵ WhatsApp⁶⁶ und Twitter⁶⁷ haben bei der Verbreitung von hindu-nationalistischen Narrativen und Falschinformationen an ein großes heimisches Publikum eine wichtige Rolle gespielt, begleitend zu Aktivitäten von Hindutva-Organisationen und politischen Parteien im Parlament und vor Ort.⁶⁸

-
- 58 Banaji, S., und Ram Bhat (30. September 2020), „How anti-Muslim disinformation campaigns in India have surged during COVID-19“, *LSE Blogs*. <https://blogs.lse.ac.uk/covid19/2020/09/30/how-anti-muslim-disinformation-campaigns-in-india-have-surged-during-covid-19/>.
- 59 Desai, S., und Amarnath Amarasingam (2020), „#CoronaJihad COVID-19, Misinformation, and Anti-Muslim Violence in India“, *ISD*. <https://strongcitiesnetwork.org/en/wp-content/uploads/sites/5/2020/06/CoronaJihad.pdf>.
- 60 Al Jazeera (29. April 2020), „Do not buy from Muslims: BJP leader in India calls for boycott“, *Al Jazeera*. <https://www.aljazeera.com/news/2020/4/29/do-not-buy-from-muslims-bjp-leader-in-india-calls-for-boycott>.
- 61 Ellis-Petersen, H., und Shaikh Azizur Rahman (13. April 2020), „Coronavirus conspiracy theories targeting Muslims spread in India“, *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/13/coronavirus-conspiracy-theories-targeting-muslims-spread-in-india>.
- 62 Desai, S. (22. Oktober 2020), „The Shadowy Online Hindutva World That Killed The Tanishq Ad“, *Article 14*. <https://www.article-14.com/post/the-shadowy-online-hindutva-world-that-killed-the-tanishq-ad>.
- 63 Seth, M. (15. Januar 2021), „Explained: Uttar Pradesh's 'love jihad' law, and why it could be implemented vigorously“, *The Indian Express*. <https://indianexpress.com/article/explained/explained-uttar-pradeshs-love-jihad-law-and-why-it-could-be-implemented-vigorously-7066156/>.
- 64 Poonam, S., und S. Bansal (1. April 2019), „Misinformation Is Endangering India's Election“, *The Atlantic*. <https://www.theatlantic.com/international/archive/2019/04/india-misinformation-election-fake-news/586123/>.
- 65 Desai, S. (6. Oktober 2020), „The Hateful Facebook Adventures Of Ragini Tiwari & Friends“, *Article 14*. <https://www.article-14.com/post/the-hateful-facebook-adventures-of-ragini-tiwari-friends>.
- 66 McLaughlin, T. (12. Dezember 2018), „How WhatsApp Fuels Fake News and Violence in India“, *Wired*. <https://www.wired.com/story/how-whatsapp-fuels-fake-news-and-violence-in-india/>.
- 67 Chaturvedi, S. (2016), *I Am a Troll: Inside the Secret World of the BJP's Digital Army* (Juggernaut Books).
- 68 Ali, M. (14. April 2020), „The Rise of the Hindu Vigilante in the Age of WhatsApp and Modi“, *Wired*. <https://www.wired.com/story/indias-frightening-descent-social-media-terror/>.

Schaffung eines Hindutva-freundlichen Umfelds

Hindutva, auch Hindu-Nationalismus genannt, ist eine rechtsgerichtete religiös-nationalistische Ideologie mit der grundlegenden Vorstellung, dass Indien das Heimatland für Hindus ist und sein sollte und alle anderen Religionen untergeordnet sind. Hindutva-Organisationen gab es schon vor der Unabhängigkeit Indiens, doch sie agierten lange nur am Rande der indischen Politik. Dennoch haben Hindutva-Gruppen wie die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), die in den 1920er Jahren gegründet wurde, im Laufe des letzten Jahrhunderts eine starke Basis an Unterstützern aufgebaut. Im Jahr 1992, nach der Zerstörung der Babri-Moschee – ein Wendepunkt in der indischen Politik – erlangten die RSS und andere Hindutva-Organisationen landesweite Bekanntheit. Seit dem Wahlsieg der BJP 2014 bemühen sich die Partei und die ihr angeschlossenen Gruppen, Macht und Einfluss durch lokale gewalttätige Hindutva-Organisationen, Druck auf die Medien und Dominanz in der nationalen Politik zu konsolidieren.

Social-Media-Plattformen sind für die Hindutva-Bewegung zu einem wichtigen Instrument geworden. Die BJP unterhält eine IT-Zelle, ein Netzwerk von Influencern und Trollen, um Twitter und andere Social-Media-Plattformen zu dominieren, wobei jede Plattform spezifischen Zwecken dient.⁶⁹ Auch wenn die BJP eine bedeutende und organisierte Präsenz in den sozialen Medien zeigt, ist darauf hinzuweisen, dass diese nur ein Teil des Hindutva-Ökosystems sind. Neben der starken Basis erfüllt die Online-Umgebung drei wichtige Funktionen: das Verstärken von Hindutva, das Dämonisieren des „Anderen“ und das Verzerrern von Tatsachen im öffentlichen Raum.

Verstärkung

Soziale Medien dienen dazu, die von Hindutva-Gruppen geschaffenen und unterstützten Narrative zu verstärken. Dies ergänzt die über allem stehende Botschaft, die die BJP bereits an der Basis verbreitet. Beispielsweise gab es mindestens 300.000 Tweets mit dem Hashtag #CoronaJihad, der auf die Verschwörungstheorie verweist, Muslime würden das Coronavirus absichtlich unter Hindus ausbreiten.⁷⁰ Ein weiteres verbreitetes Feindbild ist der Liebes-Dschihad; es tauchte wieder auf, nachdem mehrere BJP-Bundesstaaten versprochen hatten, Gesetze gegen interreligiöse Ehen zu verabschieden.⁷¹ Andere beliebte Themen der Hindu-Opferrolle beinhalten die Verwendung des Begriffs „Hinduphobie“, mit dem jegliche Kritik an Hinduismus, Hindutva oder der BJP zum Schweigen gebracht wird.

All dies trägt dazu bei, liberale und pluralistische Werte zurückzudrängen. Hindutva-Anhänger stellen sich Indien grundsätzlich als einen Mehrheitsstaat vor, in dem die Hindus privilegiert sind. Während das unabhängige Indien grundlegend auf Pluralismus und Vielfalt beruht, sehen Hindutva-Anhänger darin eine Benachteiligung der Mehrheitsgemeinschaft und eine

69 ebd.

70 Perrigo, W. (3. April 2020), „It Was Already Dangerous to Be Muslim in India. Then Came the Coronavirus“, *Time*. <https://time.com/5815264/coronavirus-india-islamophobia-coronajihad/>.

71 Srivastava, P. (22. November 2020), „Draft UP law on 'love jihad' proposes 5-yr jail, marriage annulment for 'forced conversion'“, *The Print*. <https://theprint.in/judiciary/draft-up-law-on-love-jihad-proposes-5-yr-jail-marriage-annulment-for-forced-conversion/549637/>.

Beschwichtigung der religiösen Minderheiten. Ihrer Überzeugung nach hätte Indien die hinduistische Alternative zum islamischen Pakistan sein sollen; die Kultur der religiösen Mehrheit (laut ihrer Auslegung) sollte festgeschrieben werden. Auch wenn die meisten Hindus wohl kaum mit dem Hindutva-Ideal einer Hindu-*Rashtra* (Nation) übereinstimmen, hat dies doch das Narrativ gestärkt, dass Indien als Staat der Hindu-Mehrheit dienen muss.

Entwürdigung des „Anderen“

Ein Aspekt des Hindutva-Narrativs, der internationale Aufmerksamkeit erlangt hat, ist die Dämonisierung und Gewalt gegenüber den „Anderen“. Während Minderheiten wie Dalits und Christen sowie politische Gegner regelmäßig von Hindutva-Anhängern attackiert werden, tragen Muslime die Hauptlast solcher Angriffe. Muslime, die sich weigern, das Hindutva-Narrativ zu akzeptieren, werden als „fünfte Kolonne“ dargestellt.

In den sozialen Medien werden falsche Geschichten über muslimische Absichten gegenüber Hindus verbreitet. Als sich jüngst das Coronavirus in Indien ausbreitete, haben Faktencheck-Websites mehrere gefälschte Videos identifiziert, in denen Muslime angeblich auf Hindu-Essen spucken, um das Virus zu verbreiten.⁷² Doch schon vor der Pandemie wurden in sozialen Medien Bilder von Waffen geteilt, die angeblich in Moscheen gefunden wurden, um gewalttätige Absichten seitens Muslimen anzudeuten.⁷³ Obwohl die Videos von spuckenden Muslimen, von Waffen in Moscheen und im Zusammenhang mit dem Liebes-Dschihad immer wieder entlarvt wurden, haben die sozialen Medien diesen Narrativen zum Aufschwung verholfen.⁷⁴ Ein Beispiel dafür ist der abgebildete Screenshot einer WhatsApp-Nachricht während der Anti-CAA-Proteste Anfang 2020.

Diese Narrative transportieren zwei Botschaften. Zum einen unterstreichen sie die angebliche Gefahr für die Gesellschaft, die von Muslimen und anderen Minderheiten ausgeht. Zum anderen verweisen sie auf einen weniger deutlichen Fehler seitens der Pluralisten und Liberalen, die sich geweigert hätten, dies anzusprechen, und stattdessen Muslime beschwichtigen. Letztere Botschaft ist besonders signifikant, denn sie dient als ein Seitenhieb auf die verschiedenen politischen Parteien, die sich gegen die BJP richten; diese werden oft von Hindutva-Organisationen mit dem Vorwurf angegriffen, sie seien „pseudo-säkular“ oder würden Minderheiten beschwichtigen.

72 Patel, J. (29. April 2020), „Old video falsely shared as Muslims spitting on relief food during lockdown“, *Alt News*. <https://www.altnews.in/old-videos-falsely-shared-as-muslims-spitting-on-relief-food-during-coronavirus-lockdown/>.

73 Sidharth, A. (24. Juli 2019), „Old photos, false claim: Weapons recovered from a mosque in Gujarat.“ *Alt News*. <https://www.altnews.in/old-photos-false-claim-weapons-recovered-from-a-mosque-in-gujarat/>.

74 The Federal (24. November 2020), „‘Love jihad’ doesn’t exist, says UP SIT after two months of investigation“. <https://thefederal.com/states/north/uttar-pradesh/love-jihad-doesnt-exist-says-up-sit-after-two-months-of-investigation/>.

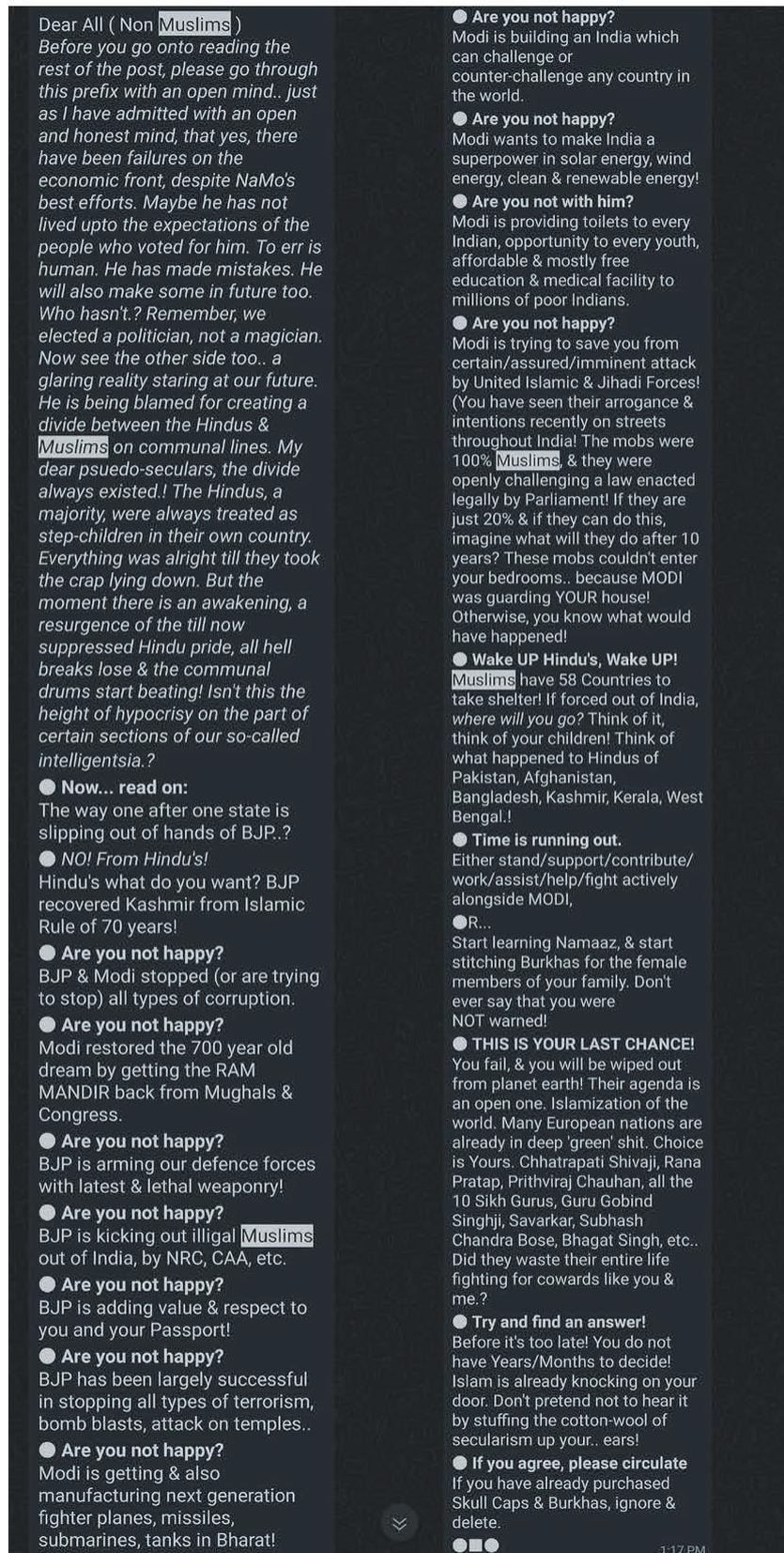


Abb. 5: WhatsApp-Nachricht während der Anti-CAA-Proteste.

Verfälschung und Ablenkung

Ihre erhebliche Präsenz in den sozialen Medien ermöglicht es Hindu-Nationalisten, den öffentlichen Raum zu dominieren oder zumindest zu beeinflussen. Dies geschieht auf dreierlei Weise: Schaffung einer feindlichen Online-Umgebung für kritische Journalisten und Akademiker, Desinformation und Ablenkung der Aufmerksamkeit.⁷⁵ All dies wird unterstützt durch eine beträchtliche Troll-Armee, die bestrebt ist, das Narrativ auf Social-Media-Plattformen zu kontrollieren,⁷⁶ und die in der Lage ist, Journalisten und Akademiker, die der BJP-geführten Regierung kritisch gegenüberstehen, zu bedrohen und zu belästigen.

Trolls verbreiten falsche Informationen und Hindutva-freundliche Botschaften auf verschiedenen Social-Media-Plattformen, wobei sie oft die oben erwähnten Motive und Themen aufgreifen. Besonders spürbar wird dies, wenn bestimmte Themen stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Ein Beispiel ist die Desinformation rund um den Liebes-Dschihad. Als Gesetze gegen den „Liebes-Dschihad“ im Gespräch standen, verbreiteten Hindutva-nahe Internetnutzer gefälschte Geschichten, Videos oder Bilder von muslimischen Männern, die angeblich Hindu-Frauen umwerben und gewaltsam bekehren oder töten.⁷⁷ Diese gefälschten Vorfälle wurden herangezogen, um die „Notwendigkeit“ der Gesetzgebung zu untermauern, obwohl Faktenchecker und Journalisten sich bemühten, die Falschinformationen zu entlarven⁷⁸.

Das Online-Umfeld ermöglicht nicht nur eine Verzerrung der öffentlichen Meinung, sondern bietet auch Chancen, die Aufmerksamkeit abzulenken. Ein Beispiel dafür ist der Selbstmord eines prominenten Bollywood-Schauspielers während der COVID-19-Krise.⁷⁹ Das Ereignis rückte in den Vordergrund, als Indien wegen seiner Handhabung der COVID-19-Pandemie und Chinas Eindringen in indisches Territorium in die Kritik geriet.⁸⁰ Statt dieser Themen wurde die Geschichte vom Selbstmord des Schauspielers in den Mittelpunkt gestellt. Pro-BJP-Sender widmeten ihre Hauptsendezeit einem Medienprozess gegen die Freundin des verstorbenen Schauspielers, weil sie angeblich seinen Selbstmord begünstigt hatte.⁸¹ In einem bemerkenswerten Zwischenfall wurde ein Kommentator in einer Nachrichtensendung vom Moderator zurechtgewiesen, als er anmerkte, dass sich dieses Bollywood-Drama genau an dem Tag ereignete, an dem Indiens BIP geschrumpft und China eingedrungen war.⁸² Während die BJP harte Kritik zu diversen Themen hätte ernten können, wurde in ihrem Online-Medienumfeld und von freundlich gesinnten Nachrichtenagenturen stattdessen der Selbstmord eines Schauspielers als die „größte Geschichte“

75 Sundaram, R. (2020), „Hindu nationalism's crisis machine“, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* Band 3 Nr. 11: S. 734–41. https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/712222#_i3.

76 Guinee, S. (21. Mai 2019), „Journalists fighting fake news during Indian election face threats, abuse“, *Committee to Protect Journalists*. <https://cpj.org/2019/05/india-elections-online-harassment-female-journalists/>.

77 Dhawan, Himanshi und Anam Ajmal. (8. November 2020), „How the Myth of Love Jihad is Going Viral“ *Times of India*. <https://timesofindia.indiatimes.com/home/sunday-times/how-the-myth-of-love-jihad-is-going-viral/articleshow/79111670.cms>

78 Archit. (20. November 2020), „Explicit Video of a Gym Workout Viral with False 'Love Jihad' Spin“. *Alt News*. <https://www.altnews.in/explicit-video-of-a-gym-workout-viral-with-false-love-jihad-spin/>.

79 Ramachandran, N. (7. Oktober 2020), „Is India's Media Frenzy Over Sushant Singh Rajput's Death a Bollywood Circus or a Political Distraction?“ *Variety*. <https://variety.com/2020/biz/news/india-media-sushant-singh-rajput-death-1234795033/>.

80 Bhagat, S. V. (3. Oktober 2020), „Despite Crises, India Fixes Its Gaze on a Bollywood Tragedy“, *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2020/10/03/world/asia/india-bollywood-sushant-singh-rajput.html>.

81 Pandey, G. (10. September 2020), „Rhea Chakraborty: Why is Indian TV Obsessed with Sushant Singh Rajput's Death?“ *BBC News*. <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-54098615>.

82 Ebd.

unserer Zeit diskutiert. Der Fokus auf diese Story entsprach der Zielsetzung der BJP, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Regierungsfragen abzulenken.

Herausforderungen für die Content-Moderation

Für Social-Media-Unternehmen ist es in Indien besonders schwierig, Inhalte zu moderieren. Erstens bedeutet die schiere Größe und Vielfalt Indiens, dass Inhalte schwer zu überwachen sind. Angesichts von 22 offiziellen und vielen weiteren inoffiziellen Sprachen bleibt die Moderation selbst eine ernsthafte Herausforderung. Dadurch können Hindutva-Nachrichten viel leichter auf allen Plattformen florieren, einschließlich Twitter, Facebook und WhatsApp.

Dazu kommt, dass Social-Media-Unternehmen in Indien ihre eigenen internen Konflikte haben. Die Stärke der BJP im Land beeinflusst auch die Moderationsstrategien von Social-Media-Führungskräften. Die ehemalige Leiterin für Public Policy von Facebook Indien weigerte sich, gegen Hassreden von BJP-Politikern durchzugreifen, weil sie enge Beziehungen mit Regierungsvertretern unterhielt,⁸³ Gegenreaktionen lokaler Hassgruppen befürchtete⁸⁴ und die Geschäftsaussichten des Unternehmens in Indien nicht beschädigen wollte.

Es gibt sogar Hinweise auf ein aufrührerisches Mini-Ökosystem von Trollen, das sich nun gegen Symbole der Hindutva richtet. Es ist zwar nicht so organisiert und weit verbreitet wie die Troll-Armeen unter der Leitung der BJP, aber gewisse Elemente im Hindutva-Ökosystem betrachten Modi als Muslim-Beschwichtiger und nennen ihn manchmal sogar spöttisch „Maulana Modi“. Figuren, die die extreme Rechte der Hindutva-Bewegung repräsentieren, haben in den sozialen Medien zwar nur einen marginalen Einfluss, spielen aber eindeutig eine zunehmend prominente Rolle. Dazu gehören indische Chief Ministers, wie Yogi Adityanath, und der Parlamentsabgeordnete Pragna Thakur, den andere BJP-Mitglieder zuvor kritisiert hatten.⁸⁵

Hindutva spielt weiterhin eine bedeutende Rolle in der indischen Social-Media-Welt, was weiteren Extremisten, die ihre Gegenspieler als zu moderat ansehen, einen Weg bahnt. In Anbetracht der Botschaften, die online verbreitet werden, ist dies ein ernster Grund zur Sorge für jeden, der an sozialer Eintracht interessiert ist, ganz besonders in der größten Demokratie der Welt.

83 Horwitz, Jeff, und Newley Purnell (30. August 2020), „Facebook Executive Supported India's Modi, Disparaged Opposition in Internal Messages.“ *The Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/articles/facebook-executive-supported-indias-modi-disparaged-opposition-in-internal-messages-11598809348>.

84 Horwitz, Jeff, und Newley Purnell (13. Dezember 2020), „In India, Facebook Fears Crackdown on Hate Groups Could Backfire on its Staff.“ *The Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/articles/in-india-facebook-fears-crackdown-on-hate-groups-could-backfire-on-its-staff-11607871600>.

85 The Times of India (28. November 2019), „BJP condemns Pragna Thakur's remarks on Godse, drops her from defence panel“. <https://timesofindia.indiatimes.com/india/godse-remarks-pragna-thakur-dropped-from-defence-panel-stopped-from-attending-meetings-of-bjp-parliamentary-party/articleshow/72271531.cms>.

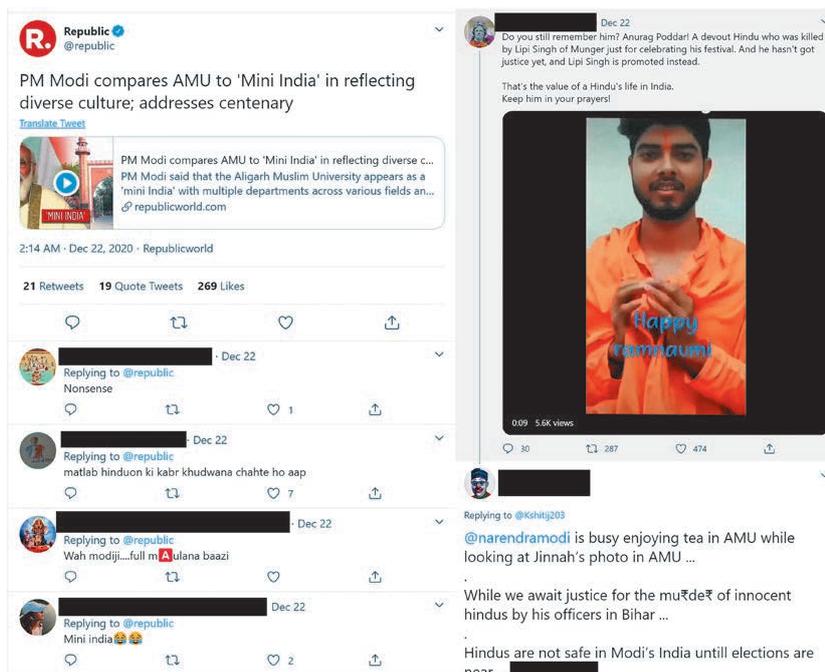


Abb. 6: Twitter-Kommentare, gesammelt am 23. Dezember 2020. Republic ist ein indischer Nachrichtensender, bekannt für seine BJP-freundliche Einstellung. AMU ist eine vorwiegend muslimische Universität in Aligarh, Indien.

6 Schlussfolgerungen

Die vier in diesem Strategiepapier vorgestellten Länder illustrieren das Spektrum möglicher Auswirkungen, wenn böswillige Akteure soziale Medien und Instant-Messaging-Plattformen ausnutzen. Indonesien, die Philippinen, Myanmar und Indien haben zwar alle ihre eigene Konfliktgeschichte, weisen aber ähnliche Muster auf, was die Verschärfung bestehender Polarisierung und Gewalt mithilfe von Technologie betrifft.

Die Moderation von Inhalten wird oft von Technologieunternehmen als Mittel gewählt, um sowohl gewalttätigen als auch nicht gewalttätigen extremistischen Organisationen keinen Spielraum zu gewähren, doch ihr Erfolg ist weitgehend abhängig vom politischen Umfeld im Land. Extremistische Inhalte von regierungsnahen Organisationen und Personen oder regierungstreuen Partisanen werden anders behandelt als solche, die gegen den Staat gerichtet sind. Das Zögern der Technologieunternehmen, wenn es darum geht, BJP-, FPI- oder NLD-freundliche Inhalte zu entfernen, zeugt von dem schwierigen Spagat, einerseits globale Moderationsrichtlinien anzuwenden und andererseits zu klären, was in bestimmten nationalen Rechtsordnungen als erlaubte Rede gilt. Von Mindanao bis Mumbai sind verschiedenste Gruppen in der Lage, Nutzungsaufgaben zu umgehen, seien es gewalttätige Extremisten des IS Ranao oder politische Trolls mit Anti-BJP-Agenda. Beschränkungen werden nicht in einem Vakuum auferlegt, sondern gegen agile Gegner eingesetzt.

Technische Interventionen werden niemals ausreichen, um das zugrunde liegende Problem des Othering und der Dämonisierung von Fremdgruppen zu beheben. Polarisierende Narrative, ob in Memes oder langatmigen ideologischen Manifesten, sind symptomatisch für grundlegende ethnische, religiöse und statusbezogene Spaltungen. Wahlkämpfe auf allen Ebenen liefern politischen Aktivisten den Anreiz, im Rahmen einer bewussten, aber oft zynischen Strategie entmenschlichende Sprache einzusetzen, um Wähler für sich zu mobilisieren. In einem solchen Kontext können Interventionen wie die Entfernung von Inhalten nur als Brennstoff für eine weitere Polarisierung oder sogar als Rechtfertigung für Offline-Gewalt dienen. Das Tolerieren eines gewissen Maßes an Online-Aggressivität erfüllt möglicherweise eine kathartische Funktion und kann Schaden in der realen Welt verhindern.

Letztendlich mag die Unterscheidung zwischen offline und online wie eine pedantische Übung erscheinen. Soziale Medien und Instant-Messaging-Plattformen sind und bleiben ein fester Bestandteil des täglichen Lebens. Das Medium ist zur Message geworden. Statt also böswillige Aktivitäten im Online-Raum als Problem anzugehen, wäre es klüger, sie als Fortsetzung der menschlichen Erfahrung zu betrachten.

Die politische Landschaft

Dieser Abschnitt wurde von Armida van Rij und Lucy Thomas, beide Research Associates am Policy Institute des King's College London, verfasst. Er bietet einen Überblick über den politischen Kontext des Berichtsthemas.

Einleitung

Terrorismus ist kein neues Phänomen. Wann der erste terroristische Akt der Weltgeschichte stattfand, lässt sich kaum verifizieren, doch einige Forscher haben einen der ersten Terrorakte auf das Jahr 68 v. Chr. zurückgeführt, als Ostia, der Hafen des antiken Rom, von Piraten angegriffen und in Brand gesetzt wurde.⁸⁶ Der Einsatz von Gewalt für ideologische und/oder politische Zwecke ist eindeutig nicht neu, wohl aber sind es die Mittel, mit denen Terroristen rekrutieren, manifestieren und organisieren. Der Aufstieg von sozialen Medien und Online-Plattformen gibt zunehmend Anlass zur Sorge. In den letzten zehn Jahren haben Terroristen soziale Medien genutzt, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Diese Aktivitäten werden mittlerweile immer mehr eingeschränkt und illegal. Für politische Entscheidungsträger ist es schwierig, mit den technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, die den Terroristen ihre Online-Aktivitäten ermöglichen.

In diesem Bericht untersuchen wir die politische Landschaft und Gesetzgebung von neun Rechtsordnungen im Kampf gegen Extremismus, die Verbreitung von Hassreden und andere illegale Online-Inhalte. Wir erörtern die Herausforderungen für politische Entscheidungsträger bei der Bekämpfung von Online-Extremismus sowie einige der wichtigsten beteiligten Akteure.

Soziale Medien, Intoleranz und Extremismus: Umgang mit den Herausforderungen und Beurteilung neuer Entwicklungen

Kanada

Ende Januar 2017 eröffnete der gebürtige Québecer Alexandre Bissonnette das Feuer auf das Islamische Kulturzentrum in Québec, wobei sechs Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden. Nachfolgende Untersuchungen seiner Social-Media-Präsenz ergaben, dass Bissonnette vor den Schüssen in rechtsextremen und rassistischen Online-Kreisen aktiv gewesen war und regelmäßig Twitter-Accounts von Verschwörungstheoretikern, weißen Nationalisten

⁸⁶ <https://www.nytimes.com/2006/09/30/opinion/30harris.html>.

und rechtsextremen Online-Persönlichkeiten wie Ben Shapiro und Alex Jones von InfoWars verfolgt hatte.⁸⁷

Nach dem Attentat von Bissonnette, das die Verbindungen zwischen Online-Aktivität und realem Schaden unter Beweis stellte, investierte die kanadische Regierung mehr Aufmerksamkeit und Mittel in die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus im Internet. Ihre Bemühungen und Initiativen gegen den gewalttätigen Extremismus sind Teil einer umfassenderen, ganzheitlichen Politik zur Terrorismusbekämpfung. Wie in der National Strategy on Countering Radicalization to Violence⁸⁸ dargelegt, begegnet Kanada dem gewalttätigen Extremismus im Internet mit einer dreigleisigen Strategie: der Entwicklung von Narrativen gegen Extremismus mit der Zivilgesellschaft, der Unterstützung von Forschung zu wirksamen Strategien und der Unterstützung internationaler Initiativen gemeinsam mit Technologieunternehmen.

Was die Forschung zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus angeht, beauftragte Kanada im Jahr 2019 die internationale, von der UNO geförderte Initiative Tech Against Terrorism, die mit der globalen Technologiebranche zusammenarbeitet, mit der Entwicklung einer Terrorist Content Analytics Platform (TCAP); hierbei handelt es sich um eine Datenbank, die verifizierte terroristische Materialien und Inhalte aus bestehenden Datenbeständen und offenen Quellen enthält.⁸⁹ Die Plattform kann als Echtzeit-Warnsystem für kleinere Internetplattformen fungieren, die unter Umständen nicht über die Kapazitäten oder Ressourcen verfügen, um den behördlichen Vorgaben zur Entfernung bösartiger und extremistischer Inhalte nachzukommen.

Die TCAP nutzt Mechanismen der automatisierten Content-Moderation, die auf maschinellem Lernen (ML) und der Verarbeitung natürlicher Sprachen (Natural Language Processing, NLP) basieren. Mithilfe von Datenanalyse wird KI trainiert, Elemente von schädlichen Online-Inhalten (beispielsweise IS-Logos, Flaggen usw.) zu erkennen, sodass zukünftige Videos mit gleichen oder ähnlichen Elementen identifiziert und markiert werden können. Die TCAP ist als erste einheitliche Plattform für terroristische Inhalte im Internet eine überaus wichtige Informationsressource für Programmierer, Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger. Indem sie verifizierte terroristische Inhalte von verschiedenen Plattformen als historisches Archiv zur Verfügung stellt, könnte sie einen bedeutenden technologischen Fortschritt bei der Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus im Internet bewirken. Die Regierung Kanadas hat als Co-Sponsor der Plattform gezeigt, wie gezielte und kluge Investitionen in sektorübergreifende Initiativen Möglichkeiten für die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft schaffen können.

87 Riga, A. (17. April 2018), „Quebec Mosque Killer Confided He Wished He Had Shot More People, Court Told“, *Montreal Gazette*. <https://montrealgazette.com/news/local-news/quebec-mosque-shooter-alexandre-bissonnette-trawled-trumps-twitter-feed/>. Siehe auch: Mahrouse, G. (2018), „Minimizing and denying racial violence: Insights from the Quebec Mosque shooting“, *Canadian Journal of Women and the Law* Band 30 Nr. 3: S. 471–93.

88 „National Strategy on Countering Radicalization to Violence“, Public Safety Canada. <https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/rsrcls/pblctns/ntnl-strtg-cntrng-rdclztn-vinc/index-en.aspx#s7>.

89 Die TCAP wurde auch im Abschnitt „Die politische Landschaft“ des GNET-Berichts „Hass decodieren: Klassifizierung terroristischer Inhalte mittels experimenteller Textanalyse“ beschrieben. <https://gnet-research.org/wp-content/uploads/2020/09/GNET-Report-Decoding-Hate-Using-Experimental-Text-Analysis-to-Classify-Terrorist-Content.pdf>

Kanada ist an einer Reihe von internationalen und sektorübergreifenden Initiativen beteiligt. Nach dem Terroranschlag auf zwei Moscheen in Christchurch im März 2019 schloss sich Premierminister Justin Trudeau dem Christchurch-Appell (Christchurch Call to Action) an, einer gemeinsamen Initiative von Staaten und der Technologiebranche zur „Tilgung von terroristischen und gewalttätigen extremistischen Inhalten im Netz“.⁹⁰ Neben der finanziellen Unterstützung technischer Entwicklungen zur Auffindung und Löschung extremistischer Inhalte – wie der Hash-Datenbank des Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT)⁹¹ – verpflichtet der Appell die Regierungen auch dazu, Strukturen, Maßnahmen zur Kapazitätsbildung sowie Aufklärungskampagnen zu unterstützen, um der Nutzung von Online-Diensten zur Verbreitung terroristischer und gewalttätiger extremistischer Inhalte entgegenzuwirken.

Europäische Union

Im Mai 2016 präsentierte die EU den Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet, gemeinsam mit vier Technologieunternehmen: Facebook, Microsoft, Twitter und YouTube. Diese Initiative war eine Reaktion auf die Zunahme rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze im Internet. Ziel des Kodex ist, eine schnelle Bearbeitung von Meldungen zur Entfernung von Inhalten sicherzustellen. Unternehmen verpflichten sich, die Mehrheit der Meldungen innerhalb von 24 Stunden zu prüfen und Inhalte gegebenenfalls zu entfernen – alles unter Wahrung der Meinungsfreiheit.⁹² Seit seiner Einführung haben sich auch andere Social-Media-Unternehmen dem Kodex angeschlossen, wie Instagram (Teil von Facebook) und SnapChat. Dies ist zwar lobenswert, aber es gibt keinen quantitativen Maßstab dafür, was „die Mehrheit der Meldungen“ bedeutet. Ein zweites Problem ist, dass terroristische Inhalte bekanntlich innerhalb der ersten Stunden nach dem Hochladen am häufigsten aufgerufen werden. Diese Statistiken sehen für nicht-terroristische Inhalte zwar unterschiedlich aus, doch 24 Stunden sind immer noch ein zu großes Zeitfenster, in dem unangemessene Inhalte online bleiben können.

Zusätzlich zu dem Kodex erarbeitet die Europäische Kommission derzeit ein breiteres Regelwerk über „die Verantwortung digitaler Dienste zur Bekämpfung aller Formen illegaler Online-Inhalte“.⁹³ Zu illegalen Inhalten zählen laut der Kommission sowohl die Aufstachelung zum Terrorismus als auch Dinge wie Hassreden und Material mit Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs. Im Zusammenhang mit diesem Rahmenwerk hat die Kommission das Gesetz über digitale Dienste vorgelegt, das darauf abzielt, „das Online-Ökosystem in vielen Bereichen zu regulieren, darunter ... anstößige Inhalte“.⁹⁴ Im Jahr 2018 veröffentlichte die Kommission eine „Mitteilung über die Bekämpfung illegaler Online-Inhalte“ mit diesbezüglichen Leitlinien und Grundsätzen für die Online-Plattformen. Ziel ist es, „die Implementierung vorbildlicher Praktiken zur Verhinderung, Erkennung, Entfernung und Blockierung illegaler Inhalte

90 Siehe <https://www.christchurchcall.com/>.

91 Siehe <https://www.gifct.org/joint-tech-innovation/>.

92 Siehe https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_1135.

93 Siehe https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_1135/

94 Stolton, S. (23. Juni 2020), „Platform clamp down on hate speech in run up to Digital Services Act“, *EURACTIF*. <https://www.euractiv.com/section/digital/news/platforms-clamp-down-on-hate-speech-in-run-up-to-digital-services-act/>.

zu unterstützen und zu intensivieren, um so die effektive Entfernung illegaler Inhalte zu gewährleisten“.⁹⁵ Die Kommission veröffentlichte zudem eine Empfehlung für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten. Diese Empfehlung sieht gemeinsame Instrumente zur Erkennung und Entfernung illegaler Inhalte und der Unterbindung ihres Wiederauftauchens vor, die Folgendes umfassen: klarere Melde- und Abhilfeverfahren, was transparenteren Regeln gleichkommt; der Einsatz wirksamerer Instrumente zur Entfernung illegaler Inhalte sowie die Verwendung proaktiver Technologien; die Schaffung stärkerer Mechanismen zum Schutz der Grundrechte; die besondere Berücksichtigung kleiner Unternehmen durch den Austausch von Best Practices und technischen Lösungen; die Gewährleistung einer engeren Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.⁹⁶

Frankreich

In Frankreich sind Social-Media-Unternehmen nun verpflichtet, Hassreden innerhalb von 24 Stunden nach dem Hochladen zu entfernen; andernfalls drohen ihnen Geldbußen.⁹⁷ Laut dem Gesetz müssen Technologieunternehmen extremistische Inhalte innerhalb einer Stunde nach einer entsprechenden polizeilichen Anweisung entfernen. Andernfalls hat die französische Aufsichtsbehörde Conseil Supérieur de l'Audiovisuel (CSA) die Befugnis, Bußgelder von bis zu 4 % des weltweiten Umsatzes zu verhängen. Für einige Plattformen ist das erneute Hochladen zuvor identifizierter und entfernter Inhalte ein erhebliches Problem. In Frankreich tendiert der Oberste Gerichtshof jedoch offenbar zu der Meinung, dass Plattformen nicht verpflichtet sind, das erneute Auftreten bereits entfernter Inhalte zu verhindern. Er signalisiert damit eine eher begrenzte Sorgfaltspflicht für Social-Media-Unternehmen.⁹⁸ Die Melde- und Abhilfeverfahren sind auf illegale Inhalte begrenzt, was extremistisches Material beinhalten kann, aber nicht unbedingt alles erfasst.

Frankreich hat 2018 das Gesetz Nr. 2018-1202 zum „Kampf gegen die Manipulation von Informationen“ verabschiedet. Es zielt darauf ab, „die Demokratie besser vor den verschiedensten Formen der gezielten Verbreitung von Falschnachrichten zu schützen“.⁹⁹ Der Fokus liegt in Frankreich dabei speziell auf den politisch sensiblen Wahlkampfzeiten. In diesen Zeiten besteht laut dem Gesetz „eine Verpflichtung zur Transparenz für digitale Plattformen, die alle gesponserten Inhalte bekanntgeben müssen, indem sie den Namen der Autoren und die Höhe der Bezahlung veröffentlichen. Plattformen, die eine bestimmte Anzahl von Seitenabrufen pro Tag überschreiten, müssen einen Rechtsvertreter in Frankreich haben und ihre Algorithmen veröffentlichen.“¹⁰⁰ Vorgesehen ist zweitens die „Schaffung einer gerichtlichen Verfügung, mit der sich die Verbreitung von Falschnachrichten schnell unterbinden lässt“.¹⁰¹ Außerhalb der Wahlkampfzeiten wird Social-Media-Unternehmen

⁹⁵ Siehe <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/communication-tackling-illegal-content-online-towards-enhanced-responsibility-online-platforms>.

⁹⁶ Siehe <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/illegal-content-online-platforms>

⁹⁷ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU\(2020\)655135_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU(2020)655135_EN.pdf), S. 68.

⁹⁸ Europäische Kommission (2018), https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/soteu2018-preventing-terrorist-content-online-regulation-640_en.pdf, S. 10.

⁹⁹ Regierung von Frankreich, „Against information manipulation“. <https://www.gouvernement.fr/en/against-information-manipulation>.

¹⁰⁰ ebd.

¹⁰¹ ebd.

und Online-Plattformen eine „Verpflichtung zur Kooperation“ bei der Bekämpfung von Falschnachrichten auferlegt.¹⁰² Die CSA wurde mit der Aufgabe betraut, die Einhaltung dieser Maßnahmen sicherzustellen. Sie ist zudem befugt, „die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen, die von einem ausländischen Staat kontrolliert werden, zu verhindern, auszusetzen und zu unterbinden“.¹⁰³

Ghana

Ghana hat sehr wenig Erfahrung mit Terroranschlägen¹⁰⁴ und die Regierung des Landes musste deshalb noch keine aggressive Strategie gegen gewalttätigen Extremismus entwickeln. Im Gegensatz dazu hat das nahegelegene Nigeria seit Jahren mit schweren Terroranschlägen zu kämpfen. Extremistische Gruppen wie Boko Haram und „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ haben schockierende Anschläge verübt, wie die international berühmte Verschleppung von Schülerinnen im April 2014¹⁰⁵ und die Massaker vom Januar 2015.¹⁰⁶ Boko Haram nutzt eine Palette von Social-Media-Plattformen wie Twitter, Facebook und Telegram, um zu Zwecken der Rekrutierung Enthauptungen und Entführungen zu publizieren und regierungsfeindliche Nachrichten zu verbreiten.¹⁰⁷ In Reaktion darauf verschärfte die nigerianische Regierung Anfang 2013 ihre Anti-Terror-Gesetze und -Politik. Über die Stärkung der staatlichen Institutionen zur Terrorismusbekämpfung hinaus kann die Regierung nun auch Terrorverdächtige festnehmen und strafrechtlich verfolgen sowie gegen Personen, die einen terroristischen Akt begangen oder geplant haben, die Todesstrafe verhängen.¹⁰⁸

Zur Moderation gewalttätiger extremistischer Inhalte im Internet entschied sich Nigeria für ein traditionelles, staatlich gelenktes Modell von oben herab. Diese Lenkungsform stützt sich stärker auf gesetzgeberische Maßnahmen als auf kollaborative oder bildungsbasierte sektorübergreifende Initiativen oder Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Allerdings kann dieses staatlich gelenkte Modell unerwünschte gefährliche Auswirkungen haben, wie z. B. eine Abschaltung des Internets durch die Regierung oder die staatliche Nutzung sozialer Medien zur Unterdrückung von politischem Dissens.¹⁰⁹ Einige Regierungen in Afrika haben brutale, aus der Kolonialzeit stammende Gesetze, die historisch zur Beschneidung von Bürgerrechten verwendet wurden, schon dazu ausgenutzt, um „viele ... Versuche zu legitimieren, außergesetzliche Forderungen an den privaten Sektor zu stellen“.¹¹⁰ Social-Media-Plattformen und Internetdienstleister mussten bereits regierungsseitigen,

102 ebd.

103 ebd.

104 Siehe auch: Abschnitt „Die politische Landschaft“ des vorherigen GNET-Berichts, „Künstliche Intelligenz und Terrorabwehr: Eine Einführung“. https://gnet-research.org/wp-content/uploads/2020/09/GNET-Report-Artificial-Intelligence-and-Countering-Violent-Extremism-A-Primer_GERMAN.pdf.

105 Mbah, F. (2019), „Nigeria's Chibok schoolgirls: Five years on, 112 still missing“, Al Jazeera. <https://www.aljazeera.com/news/2019/4/14/nigerias-chibok-schoolgirls-five-years-on-112-still-missing>.

106 Amnesty International (2018), „Boko Haram Baga attacks: satellite images reveal destruction“. <https://www.amnesty.org.uk/nigeria-boko-haram-doron-baga-attacks-satellite-images-massacre>.

107 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und RAND (2018), „Social Media in Africa“. <https://www.africa.undp.org/content/rba/en/home/library/reports/social-media-in-africa-.html>.

108 „Nigeria: Extremism & Counter Extremism“, Counter-Extremism Project. <https://www.counterextremism.com/countries/nigeria>.

109 Ilori, T. (2020), „Content Moderation Is Particularly Hard in African Countries“, Information Society Project at Yale Law School. <https://law.yale.edu/isp/initiatives/wikimedia-initiative-intermediaries-and-information/wiii-blog/moderate-globally-impact-locally-content-moderation-particularly-hard-african-countries>.

110 Ilori, T. (2020), „Stemming digital colonialism through reform of cybercrime laws in Africa“, Information Society Project at Yale Law School. <https://law.yale.edu/isp/initiatives/wikimedia-initiative-intermediaries-and-information/wiii-blog/stemming-digital-colonialism-through-reform-cybercrime-laws-africa>.

außergesetzlichen Abschaltforderungen nachkommen, was den Verdacht auf Zensur und Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung aufkommen lässt.¹¹¹

Gruppen der Zivilgesellschaft und Journalisten verfolgen mit großem Interesse, wie Ghana Social-Media-Plattformen kontrollieren wird, denn jüngste Ereignisse deuten darauf hin, dass ein Missbrauch von sozialen Medien zu realem Schaden führen kann.¹¹² So hat beispielsweise der ghanaische Polizeichef im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2016 eine mögliche Abschaltung der sozialen Medien angekündigt, zum Glück erfolglos.¹¹³ Außerdem bedeuten großzügige Gesetze zur Meinungsfreiheit in Ghana, dass Hassreden und Cyberbullying (insbesondere gegen Frauen gerichtet) in Ghana florieren können.¹¹⁴ Angesichts zunehmender Forderungen nach einer strengeren Kontrolle von Social-Media-Plattformen sollte die ghanaische Regierung den Dialog mit der Zivilgesellschaft und sektorübergreifenden Initiativen suchen, um gemeinschaftlich eine Strategie gegen gewalttätigen Extremismus zu entwickeln.

Japan

Japan verfolgt zwei unterschiedliche Ansätze zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus im Internet, abhängig davon, ob die Bedrohung ausländischer oder inländischer Natur ist. Maßnahmen gegen angebliche kommunistische Bedrohungen während der Zeit des Kalten Krieges haben beeinflusst, wie Japan mit innerstaatlichen Bedrohungen umgeht. Heute werden diese Aktivitäten vorwiegend von Strafverfolgungsbehörden koordiniert. Die Polizeibehörden der Präfekturen (unter Aufsicht der Nationalen Polizeibehörde) und der „Nachrichtendienst für öffentliche Sicherheit“ (Japans nationaler Nachrichtendienst) stehen an der Spitze der nachrichtendienstlichen Erkennung und der Terrorismusabwehr auf japanischem Boden.¹¹⁵

In Reaktion auf inländischen Online-Terrorismus werden also traditionelle Polizeiarbeit und Sicherheitsarchitekturen mobilisiert. Japan nimmt in Bezug auf technologische Innovationen eine weltweite Führungsrolle ein, was sich auch in seiner Sicherheitsstrategie niederschlägt. Die japanische Regierung hat stark in Lösungen auf der Basis künstlicher Intelligenz (KI) investiert, darunter groß angelegte Systeme zur Gesichtserkennung, biometrischen Authentifizierung und automatischen Verhaltenserkennung.¹¹⁶ Diese Lösungen lassen eine Lenkungsform erkennen, bei der Früherkennung und Prävention im Mittelpunkt stehen und durch traditionelle Polizei- und Sicherheitstaktiken realisiert werden.

111 Ranking Digital Rights, „2019 RDR Corporate Accountability Index“. <https://rankingdigitalrights.org/index2019/assets/static/download/RDRindex2019report.pdf>.

112 Majama, K. (2019), „Africa in urgent need of a homegrown online rights strategy“, Association for Progressive Communications. <https://www.apc.org/en/news/africa-urgent-need-homegrown-online-rights-strategy>.

113 Olukotun, D. (16 August 2019), „President of Ghana says no to internet shutdowns during coming elections“, AccessNow. <https://www.accessnow.org/president-ghana-says-no-internet-shutdown-elections-social-media/>.

114 Ender, J. (2018), „Digital backlash threatens media freedom in Ghana“, DW Akademie. <https://www.dw.com/en/digital-backlash-threatens-media-freedom-in-ghana/a-46602904>.

115 Kotani, K. (2013), „A Reconstruction of Japanese Intelligence: Issues and Prospects“, in Philip H. J. Davies und Kristian C. Gustafson (Hg.), *Intelligence Elsewhere: Spies and Espionage Outside the Anglosphere* (Washington D.C.: Georgetown University Press): S. 181–99.

116 Japanische Regierung, „All is Ready for a Safe and Secure Tokyo Games“, Herbst/Winter 2019. <https://www.japan.go.jp/tomodachi/2019/autumn-winter2019/tokyo2020.html>; NEC Corporation (2015), „NEC Becomes a Gold Partner for the Tokyo 2020 Olympic and Paralympic Games“. https://www.nec.com/en/press/201502/global_20150219_01.html; Kyodo News (29. Januar 2018), „Kanagawa police eye AI-assisted predictive policing before Olympics“. <https://english.kyodonews.net/news/2018/01/5890d824baaf-kanagawa-police-eye-ai-assisted-predictive-policing-before-olympics.html>.

Zur Unterstützung dieser Bemühungen setzte der japanische Premierminister Shinzō Abe im Parlament Mitte 2017 ein „brutales“¹¹⁷ Anti-Terror-Gesetz durch.¹¹⁸ Es kriminalisiert bereits die Intention, eines von über 270 „schweren Delikten“ zu begehen, unter anderem Sit-in-Proteste und Urheberrechtsverletzungen bei Musik; die Durchsetzbarkeit erstreckt sich auch auf die sozialen Medien.¹¹⁹ Bürgerrechtsaktivisten haben ihre Besorgnis über die breite Anwendbarkeit und weitreichenden Überwachungsbefugnisse zum Ausdruck gebracht.¹²⁰

Die internationalen Bemühungen Japans zur Terrorismusabwehr stehen im starken Kontrast zur innenpolitischen Fokussierung auf Kriminalisierung; sie sind durch einen regionalen Fokus, den Aufbau von Kapazitäten und Kooperation gekennzeichnet. Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) ist das Forum für viele der ausländischen Terrorabwehrbemühungen Japans.¹²¹ In ihren Erklärungen verpflichtet die ASEAN ihre Mitglieder zur „Verhütung, Unterbindung und Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch Informationsaustausch, gemeinsame Nutzung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Aufbau von Kapazitäten“ und schuf damit ein Vorbild für die regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus.¹²² Japan war zweimal Gastgeber des jährlich stattfindenden ASEAN-Japan Counter Terrorism Dialogue und hat bilaterale Gespräche mit einer Reihe von globalen Akteuren geführt.¹²³ So diskutierten z. B. Japan und das Vereinigte Königreich Ende 2019 „die gegenwärtige Lage des internationalen Terrorismus, innerstaatliche Maßnahmen zur Terrorismusabwehr und auch die gegenwärtige Zusammenarbeit beim Aufbau von Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung, insbesondere in Dritt- (sic) Ländern [third (sic) countries]“.¹²⁴

Angesichts der Möglichkeiten der Regierung, auf eigenem Boden einen auf Sicherheit, Polizeieinsatz und Überwachung basierenden Ansatz zu verfolgen, ist nicht klar, inwieweit Japans Bemühungen auf regionaler Ebene eher performativer Natur sind. Eine wirksame Strategie gegen gewalttätigen Extremismus muss Gruppen der Zivilgesellschaft berücksichtigen und das Recht der Bürger auf Freizügigkeit und Privatsphäre respektieren, statt Bestrebungen zur Einschränkung solcher Rechte mittels Kriminalisierung zu verdecken.

117 Allen-Ebrahimian, B. (16. Juni 2017), „Japan Just Passed a 'Brutal,' 'Defective' Anti-Terror Law“, *Foreign Affairs*. <https://foreignpolicy.com/2017/06/16/japan-just-passed-a-brutal-defective-anti-terror-law/>.

118 Das Gesetz kam durch „den ungewöhnlichen Schritt des Überspringens einer Abstimmung im Oberhausausschuss für Justizangelegenheiten“ zustande. Japan Federation of Bar Associations (15. Juni 2017), „Statement on the Enactment of the Bill to Revise the Act on Punishment of Organized Crimes and Control of Crime Proceeds, including the Criminalization of Conspiracy“. <https://www.nichibenren.or.jp/en/document/statements/170615.html>.

119 McCurry, J. (15. Juni 2017), „Japan passes 'brutal' counter-terror law despite fears over civil liberties“, *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2017/jun/15/japan-passes-brutal-new-terror-law-which-opponents-fear-will-quash-freedoms>; Adelstein, J. (15. Juni 2017), „Japan's Terrible Anti-Terror Law Just Made 'The Minority Report' Reality“, *The Daily Beast*. <http://www.thedailybeast.com/japans-terrible-anti-terror-law-just-made-the-minority-report-reality>.

120 Japan Federation of Bar Associations (15. Juni 2017), „Statement on the Enactment of the Bill to Revise the Act on Punishment of Organized Crimes and Control of Crime Proceeds, including the Criminalization of Conspiracy“. <https://www.nichibenren.or.jp/en/document/statements/170615.html>.

121 „Japan: Extremism & Counter Extremism“, Counter-Extremism Project. <https://www.counterextremism.com/countries/japan>.

122 „ASEAN-Japan Joint Declaration for Cooperation to Combat International Terrorism“, ASEAN. https://asean.org/?static_post=asean-japan-joint-declaration-for-cooperation-to-combat-international-terrorism-2.

123 „Japan: Extremism & Counter Extremism“, Counter-Extremism Project. <https://www.counterextremism.com/countries/japan>.

124 Japanisches Außenministerium (4. Dezember 2019), „The 4th Japan-the UK Counter-Terrorism Dialogue“. https://www.mofa.go.jp/fp/is_sc/page1e_000297.html.

Neuseeland

Ähnlich wie das Beispiel Kanada (siehe oben) zeigt der neuseeländische Gesamtstrategieplan zur Terrorismusbekämpfung, dass die Lenkung der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus im Internet die Koordination zahlreicher Stellen und Gremien erfordert. Dazu gehören das Cabinet External Relations and Security Committee, die Polizei, Nachrichtendienste und Stellen für Sicherheitskommunikation sowie die Behörden für auswärtige Angelegenheiten, Handel, Verteidigung, Verkehr, Innovation und Entwicklung.

Neuseeland genießt auf internationaler Ebene hohes Ansehen für seine Führungsrolle in transnationalen und sektorübergreifenden Initiativen. Der Christchurch Call to Eliminate Terrorist and Violence Extremist Content Online („Christchurch-Appell“), der nach dem schockierenden Attentat auf Moscheen in Christchurch im März 2019 initiiert wurde, bringt eine Koalition von Staatsoberhäuptern sowie Social-Media- und Technologieunternehmen zusammen.¹²⁵ Im Mittelpunkt des Appells steht der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Privatsphäre, verbunden mit robusten legislativen Bemühungen zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus im Internet sowie Rahmenbedingungen, Kapazitätsaufbau und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Da die Attentate auf die Moscheen in Christchurch so stark von radikalen Online-Inhalten motiviert wurden, verpflichtet der Christchurch-Appell auch Unternehmen wie Amazon, Facebook, Google, Twitter und YouTube zu mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz in der Branche. So müssen die Plattformen zum Beispiel ihre Community-Standards und Nutzungsbedingungen durchsetzen, indem sie Maßnahmen zur Content-Moderation und Entfernung von Inhalten Priorität einräumen und Inhalte in Echtzeit zur Überprüfung und Bewertung identifizieren. Kollektiv entwickelt die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft Maßnahmen, um von der Community ausgehende Aktivitäten zu fördern und so in die Prozesse der Online-Radikalisierung einzugreifen.

Der Christchurch-Appell fungierte auch als Vehikel für die Modernisierung des GIFCT, dessen Aufgabenbereich dabei erweitert wurde und nun auch eine Reihe von Präventions-, Reaktions- und Bildungsaktivitäten zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus im Internet umfasst.¹²⁶

Die Bemühungen Neuseelands, eine Reihe sektorübergreifender globaler Initiativen mit zu unterstützen, zeugen von einer eher horizontalen Strategie zur Kontrolle der Nutzung technischer Plattformen durch Extremisten. Die Herangehensweise umfasst sowohl konventionelle Sicherheits- und nachrichtendienstliche Strukturen als auch Initiativen, die Praxis, Forschung, Politik und Technologie zusammenbringen, um Reaktionen auf neue Bedrohungen durch gewaltbereiten Extremismus im Internet auszuarbeiten.

¹²⁵ Siehe <https://www.christchurchcall.com/>.

¹²⁶ Global Internet Forum to Counter Terrorism (23. September 2019), „Next Steps for GIFCT“. <https://gifct.org/press/next-steps-gifct/>.

Vereinigtes Königreich

Der Ansatz des Vereinigten Königreichs zur Bekämpfung der extremistischen Nutzung von Online-Plattformen folgt einem traditionellen Regierungsverständnis, das sich auf staatliche Institutionen konzentriert. Die zentrale Institution, die für die Gesetzgebung zur Terrorismusbekämpfung zuständig ist, ist das Innenministerium (Home Office), das sich auch mit dem Government Communications Headquarters, dem Nachrichten- und Sicherheitsdienst des Landes, abstimmt. Darüber hinaus hat das Home Office spezifische Initiativen und Gremien mit anderen Regierungsinstitutionen (vor allem mit dem Department for Digital, Culture, Media, and Sport) und dem Parlament geschaffen, wie beispielsweise das UK Council for Internet Safety, das National Counter Terrorism Security Office und die Commission on Countering Extremism.¹²⁷

Ähnlich wie Japan (siehe oben) verfolgt auch Großbritannien bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus im Internet einen zweigleisigen Ansatz. Eine Maßnahmengruppe konzentriert sich auf die konventionellen Polizei-, Sicherheits- und Geheimdienstinstitutionen, gestärkt durch Antiterrorgesetze, die eine breite öffentliche Unterstützung genießen. Im Frühjahr 2020 brachte das Parlament einen neuen Gesetzesvorschlag zur Terrorismusbekämpfung ein, das auf Terrorverdächtige abzielt. Das neue Gesetz sieht vor, dass auch Verdächtige, „die nicht wegen eines Vergehens verurteilt wurden, unter Umständen mit umfassenderen und intensivierten Überwachungsmaßnahmen rechnen müssen“¹²⁸. Diese Überwachungsmaßnahmen wären nicht länger auf maximal zwei Jahre begrenzt. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Prävention und Untersuchung des Terrorismus (Terrorism Prevention and Investigation Measures, TPIMs), einschließlich Zwangsumzug, elektronische Überwachung, Betretens- und Aufenthaltsverbote sowie Beschränkungen der Reise- und Versammlungsfreiheit, der Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen und der Nutzung von Kommunikationsmitteln, unter der vorgeschlagenen geringeren ausreichenden Beweislast nun leichter durchsetzbar sein.¹²⁹

Der zweite Ansatz des Vereinigten Königreichs ist die Regulierung von sozialen Medien und Technologieplattformen. Das im April 2019 veröffentlichte Whitepaper der Regierung zu Online-Risiken (Online Harms White Paper) begründet ausführlich, warum eine stärkere nationale Regulierung der sozialen Medien notwendig sei.¹³⁰ Dieser neue Rechtsrahmen erlegt Social-Media- und Technologieunternehmen eine neue gesetzliche Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Nutzern auf, die über die britische Medienaufsichtsbehörde (Office of Communications, Ofcom) durchsetzbar ist. Bei Nichteinhaltung des rechtlichen Rahmens und Verstößen gegen die gesetzliche Sorgfaltspflicht verhängt Ofcom

127 Gov.uk, UK Council for Internet Safety. <https://www.gov.uk/government/organisations/uk-council-for-internet-safety>; Gov.uk, Commission for Countering Extremism. <https://www.gov.uk/government/organisations/commission-for-countering-extremism>; Gov.uk, National Counter Terrorism Security Office. <https://www.gov.uk/government/organisations/national-counter-terrorism-security-office>.

128 „United Kingdom: Extremism & Counter Extremism“, Counter-Extremism Project. <https://www.counterextremism.com/countries/unitedkingdom>.

129 Grierson, J. (20. Mai 2020), „Unconvicted terrorism suspects face indefinite controls under UK bill“, *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/politics/2020/may/20/unconvicted-terrorism-suspects-face-indefinite-controls-under-uk-bill>.

130 Britische Regierung (April 2019), „Online Harms White Paper“, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/793360/Online_Harms_White_Paper.pdf.

finanzielle und technische Strafen über die Plattformen – Websites könnten auf ISP-Ebene gesperrt und mit Bußgeldern von bis zu 4 % ihres weltweiten Umsatzes belegt werden.¹³¹ Zum Erstellungszeitpunkt dieses Berichts war der Online Harms Bill, die gesetzgeberische Umsetzung des Whitepaper, bereits um mehrere Jahre verzögert.¹³²

Die Anschläge in der Fishmongers' Hall in der Londoner City im November 2019 sowie in der Streatham High Road im Februar 2020¹³³ haben die Unterstützung der Öffentlichkeit für strengere Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, wie oben beschrieben, gestärkt.¹³⁴ In diesem Kontext könnten ordnungspolitische Maßnahmen zur Moderation von Intoleranz und gewalttätigem Extremismus zunehmend durch einen reinen Kriminalisierungsansatz ersetzt werden. Laut dem Gesetzentwurf ist die Beweislast, die die Unterwerfung eines Bürgers oder einer Bürgerin unter TPIMs-Maßnahmen ermöglicht, auf „begründeten Verdacht“ („reasonable grounds“) reduziert.¹³⁵ Infolge dieses großzügigen Rechtsinstruments könnten mehr britische Bürger Gefahr laufen, beim Abrufen und Verbreiten von extremistischem Material von Terrorbekämpfungsmaßnahmen betroffen zu sein.

Counter-Terrorism Executive Directorate der Vereinten Nationen

Im Jahr 2018 stellte der UN-Generalsekretär in Reaktion auf einen weltweiten Anstieg an Hassrede die Strategie und den Aktionsplan der Vereinten Nationen (UN Strategy and Plan of Action on Hate Speech) vor. Ziel dieses Aktionsplans ist die Bekämpfung von Hassreden mittels eines koordinierten Ansatzes, der die Grundursachen und Triebfedern von Hassrede angeht und ihre Auswirkungen auf Opfer und Gesellschaften hervorhebt.¹³⁶ Der Aktionsplan beinhaltet 13 Punkte („Key Commitments“ genannt), von der Überwachung und Analyse über den Einsatz von Technologie und Bildungsinitiativen bis hin zu Aufklärungsarbeit und der Entwicklung von Handlungsempfehlung. Gemeinsam bilden sie eine Strategie zur Bekämpfung von Intoleranz.¹³⁷

Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen weltweite Aktionspläne in der Zivilgesellschaft eingeleitet, um gewalttätigen Extremismus zu verhindern. Die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC) hat eine Initiative mit dem Titel #SpreadNoHate gestartet, um „globale Medien in einen Dialog über Hassrede und den Austausch von Best Practices zur Förderung von Gegen-Narrativen in den Medien einzubinden“.¹³⁸ Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat zudem einen Aktionsplan zu Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus veröffentlicht, der politische Dialoge,

131 Crawford, A. (29. Juni 2020), „Online Harms bill: Warning over 'unacceptable' delay“, *BBC*.
<https://www.bbc.co.uk/news/technology-53222665>.

132 ebd.

133 Department of Justice (20. Mai 2020), „Press release: 14-year minimum jail terms for most dangerous terror offenders“. <https://www.gov.uk/government/news/14-year-minimum-jail-terms-for-most-dangerous-terror-offenders>.

134 In einem Bericht vom September 2017, der auch eine Meinungsumfrage zu extremistischen Inhalten im Internet enthielt, sprachen sich fast drei Viertel der Befragten für eine neue Gesetzgebung aus, die den Besitz und Konsum von extremistischen Online-Inhalten unter Strafe stellt. Siehe: Frampton, M. (2017), „The New Netwar: Countering Extremism Online“, *Policy Exchange*. <https://policyexchange.org.uk/wp-content/uploads/2017/09/The-New-Netwar-1.pdf>.

135 Amnesty International UK (Juni 2020), „Counter-Terrorism and Sentencing Bill 2019–21: Submission to the Public Bill Committee“. <https://publications.parliament.uk/pa/cm5801/cmpublic/CounterTerrorism/memo/CTSB07.pdf>.

136 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU\(2020\)655135_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU(2020)655135_EN.pdf), S. 28.

137 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU\(2020\)655135_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU(2020)655135_EN.pdf), S. 28; siehe https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/UN%20Strategy%20and%20PoA%20on%20Hate%20Speech_Guidance%20on%20Addressing%20in%20field.pdf.

138 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU\(2020\)655135_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU(2020)655135_EN.pdf), S. 29.

Programmunterstützung, Lernen aus bewährten Vorgehensweisen sowie einen Mechanismus zur Verhinderung von Zuschüssen für gewalttätigen Extremismus umfasst.¹³⁹

USA

In der Zeit vor der Trump-Regierung war der politische Ansatz zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus in den USA uneinheitlich, unregelmäßig und dem Bestreben untergeordnet, die Interessen der Social-Media-Plattformen zu schützen, wenn auch generell in gutem Glauben. Das Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security), das Justizministerium (Department of Justice), das Federal Bureau of Investigation (FBI), das National Counter Terrorism Center (NCTC), der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council) und der Kongress waren neben anderen vorwiegend für die Strategie verantwortlich.¹⁴⁰ Sie hat eine Reihe von Aktivitäten umfasst, darunter „Gegenbotschaften, Aufklärungskampagnen, Partnerschaften und Gesetze“.¹⁴¹ Die USA haben diverse länderübergreifende Initiativen mitunterstützt, darunter Tech Against Terrorism und das Global Counterterrorism Forum, doch aus Rücksicht gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung war die Mitwirkung eher begrenzt.

Angesichts der schieren Größe der Aufgabe waren die Aktivitäten oft unkoordiniert und wirkungslos. Im Jahr 2011 rief die Obama-Regierung die Countering Violent Extremism Task Force ins Leben, um „die inländische Terrorabwehr zu vereinigen“.¹⁴² Die Task Force soll Praktiker aus den oben genannten Gremien zusammenbringen, um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu koordinieren, Interventionsmodelle zu entwickeln, Investitionen in die Forschung zu fördern und Kommunikations- sowie digitale Strategien zu kultivieren.¹⁴³

Die Trump-Regierung hat den Bemühungen und dem Ruf der USA im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus allerdings geschadet, sowohl im eigenen Land als auch international. Anfang 2017 erwog Präsident Trump eine Umstrukturierung der Task Force: White-Supremacy-Terrorismus sollte aus ihrem Aufgabenbereich entfernt und das Programm in „Countering Radical Islamic Extremism“ umbenannt werden.¹⁴⁴ Die Regierung strich finanzielle Mittel für Initiativen, die mit Communitys und der Zivilgesellschaft arbeiteten, wie zum Beispiel Life After Hate, eine Initiative, die mit ihrer Arbeit Individuen dabei hilft, sich aus White-Supremacy- und Neonazi-Gruppen zu lösen¹⁴⁵. Im Frühjahr 2017 strich die Trump-Regierung alle Mittel für Programme zur Bekämpfung

139 <https://www.undp.org/content/dam/norway/undp-ogc/documents/Discussion%20Paper%20-%20Preventing%20Violent%20Extremism%20by%20Promoting%20Inclusive%20%20Development.pdf>, S. 37.

140 Alexander, A. (2019), „A Plan for Preventing and Countering Terrorist and Violent Extremist Exploitation of Information and Communications Technology in America“, *George Washington University Program on Extremism*: S. 5. <https://extremism.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs2191/f/A%20Plan%20for%20Preventing%20and%20Countering%20Terrorist%20and%20Violent%20Extremist.pdf>.

141 ebd.

142 Department of Homeland Security, „Countering Violent Extremism Task Force“. <https://www.dhs.gov/cve/task-force>.

143 ebd.

144 Ainsley, J. et al. (3. Februar 2017), „Exclusive: Trump to focus counter-extremism program solely on Islam – sources“, *Reuters*. https://www.reuters.com/article/idUSKBN15G5VO?feedType=RSS&feedName=topNews&utm_source=twitter&utm_medium=Social.

145 Life After Hate, „About Us“. <https://www.lifeafterhate.org/about-us-page>.

von gewalttätigem Extremismus.¹⁴⁶ Ende Oktober 2018 hatte die Task Force ihre Arbeit komplett eingestellt.¹⁴⁷ Diese Maßnahmen zeugen von dem Unwillen der Trump-Regierung, den gewalttätigen Extremismus im Internet zu bekämpfen, und ihrer impliziten Unterstützung für White Supremacists und rassistischen Terror.

Die neue Regierung unter Biden muss nun eine robuste Strategie für den Kampf gegen gefährliche Online-Inhalte entwickeln. Wenn sich gewalttätige extremistische Inhalte relativ ungehindert im Internet verbreiten können, wird dies weiterhin erschreckende und tragische Konsequenzen haben, wie man am Beispiel des Sturms auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 sehen konnte.

Sich vertiefende Konfliktlinien: Gewalttätiger Extremismus und zugrunde liegende soziale Probleme

In ihrem obigen Bericht umreißen Jordan Newton, Yasmira Moner, Kyaw Nyi Nyi und Hari Prasad (im Folgenden: Newton et al.), wie gewalttätiger Extremismus im Internet den Konturen „grundlegender ethnischer, religiöser und statusbezogener Spaltungen“ folgt. So lässt sich am Beispiel Indiens verfolgen, wie hindu-nationalistische Hindutva-Narrative, zum staatlichen Mainstream geworden und von gewalttätigen paramilitärischen Organisationen durchgesetzt, unter Nicht-Hindus und vor allem muslimischen Indern zu unsäglichem Leid und vielen Todesopfern geführt haben.¹⁴⁸ Die Förderung der Dämonisierung, Entmenschlichung und Ausgrenzung von Minderheiten durch den Staat ist vielleicht die wichtigste Determinante für gewalttätigen Extremismus im Internet – und den Schaden in der realen Welt.

In diesem Abschnitt gehen wir auf die Forderung von Newton et al. ein, gewalttätigen Extremismus im Internet „als Fortsetzung der menschlichen Erfahrung“ zu betrachten und nicht als ein technisches Problem, das es zu lösen gilt. Wir untersuchen dazu am Beispiel von Brenton Tarrant, dem in Australien geborenen Verantwortlichen für die Schießerei in den Christchurch-Moscheen im März 2019, einige der zugrunde liegenden rassistischen und sozialen Spaltungen in Australien und deren Rolle bei den Angriffen.

Die imperialistische Expansion Europas nach Asien, Afrika und Nahost ab dem späten 15. und frühen 16. Jahrhundert brachte viele indigene Völker in unfreiwilligen Kontakt mit europäischen Kolonialisten und Reisenden. Australien wurde erstmals 1605 von Holländern gesichtet. Später erhielt Lieutenant James Cook von der britischen Monarchie den Auftrag, „einen Kontinent oder ein Land von großer Ausdehnung“ im südwestlichen Pazifik zu suchen und „mit Zustimmung der Eingeborenen im Namen des Königs günstige Lagen im Land in Besitz zu nehmen“. 1770 beanspruchte Cook eine Insel der Torres-Strait-Inseln in Nordaustralien, die er „Possession Island“ nannte.¹⁴⁹

146 Ainsley, J. (23. Mai 2017), „White House budget slashes 'countering violent extremism' grants“, *Reuters*.
<https://www.reuters.com/article/us-usa-budget-extremism-idUSKBN18J2HJ>.

147 Beinart, P. (29. Oktober 2018), „Trump Shut Programs to Counter Violent Extremism“, *The Atlantic*.
<https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2018/10/trump-shut-countering-violent-extremism-program/574237/>.

148 Chandra, K. (13. Juni 2019), „How Hindu Nationalism Went Mainstream“, *Foreign Policy*.
<https://foreignpolicy.com/2019/06/13/how-hindu-nationalism-went-mainstream/>.

149 Broome, J. (2010), *Aboriginal Australians: A History Since 1788* (Allen & Unwin): S. 15–18.

Zu dieser Zeit hatte die Idee der Rassenhierarchie bereits Einzug in die europäische intellektuelle Schicht und den Diskurs gehalten. Eine sogenannte „große Kette des Seins“ gab Menschen, Tieren, Pflanzen und Mineralien jeweils einen Platz in einer hierarchischen Kette bis hin zu Gott und Engelswesen und bildete die Grundlage der modernen Taxonomie. Das *Systema Naturæ* von Carl von Linné, veröffentlicht 1737, unterteilte die menschliche Spezies nach Kontinent und Hautfarbe in vier Gruppen, wobei die weißen Europäer an der Spitze der Rassenhierarchie standen.¹⁵⁰

Diese Vorstellungen von Eigentumsrechten und rassenbezogener Vorherrschaft prägten die koloniale Begegnung der Briten mit Australien im Jahr 1788. Im Vorfeld der Gründung einer britischen Strafkolonie in Botany Bay in New South Wales wurde das kontinentale Australien zur *terra nullius* (Land, das niemandem gehört) erklärt und für die britische Krone in Besitz genommen.¹⁵¹ Die Siedler machten die indigene Bevölkerung zunichte, vergewaltigten oder töteten Frauen, Kinder und alte Menschen und entführten kleine Kinder als Arbeitskräfte.¹⁵² Von Siedlern eingeschleppte Krankheiten wie Pocken, Grippe, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten kosteten ebenfalls Tausenden von Ureinwohnern das Leben.¹⁵³ Massaker in den Grenzgebieten zwischen Kolonisten und der indigenen Bevölkerung dauerten bis ins frühe 20. Jahrhundert an.¹⁵⁴

Als in Australien Gold entdeckt wurde, verdreifachte sich die Gesamtbevölkerung durch die Einwanderung aus China, Europa und den USA. Die Einwanderung aus China folgte bereits bestehenden Verbindungen zu Macau und Kanton als Handelshäfen mit der australischen Kolonie und florierte besonders in den 1850er Jahren, als Tausende Arbeiter in die Goldminen von Victoria strömten. Australische Siedler „erwarteten vom Staat, die minderwertigen Rassen per Gesetz auszuschließen“,¹⁵⁵ darunter vor allem chinesische Immigranten, auf die die Briten „eine Reihe rassischer, wirtschaftlicher, kultureller und strategischer Ängste projizierten“.¹⁵⁶ Gesetzgeber im Bundesstaat Victoria führten eine Kopfsteuer auf einreisende Chinesen ein und setzten strenge Grenzen für die Anzahl chinesischer Einwanderer, die legal per Schiff transportiert werden durften. Ähnliche Bestimmungen wurden in den 1850ern und 1860ern in anderen Bundesstaaten eingeführt und führten zu dem, was ab den 1880er Jahren als „White Australia Policy“ bezeichnet wurde.

Nach der Gründung eines föderalen, unabhängigen Australiens im Jahr 1901 verabschiedete die neue Regierung sofort das Gesetz zur Einwanderungsbeschränkung (Immigration Restriction Act). Obwohl es chinesische, indische und japanische Einwanderer nicht explizit fernhalten konnte, erfüllte der darin enthaltene obligatorische Diktattest effektiv diesen Zweck. Migranten, die einen kurzen englischen Text nicht fehlerfrei transkribieren konnten, durften

150 Müller-Wille S. (2014), „Linnaeus and the Four Corners of the World“, in Coles, K. A., Bauer, R., Nunes, Z. und Peterson C. L. (Hg.), *The Cultural Politics of Blood, 1500–1900* (London: Palgrave Macmillan). Siehe auch: Hudson, N. (1996), „From 'Nation' to 'Race': The Origin of Racial Classification in Eighteenth-Century Thought“, *Eighteenth-Century Studies*, Band 29, Nr. 3: S. 247–64.

151 Dies steht im Gegensatz zu den Kolonien in Nordamerika, Südafrika, Indien und Neuseeland, wo die Briten Verträge und Abkommen mit der indigenen Bevölkerung schlossen. Broome: S. 19.

152 Jalata, A. (August 2013), „The Impacts of English Colonial Terrorism and Genocide on Indigenous/Black Australians“, *SAGE Open*: S. 8. <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/2158244013499143>.

153 ebd., S. 2.

154 Siehe „Colonial Frontier Massacres in Australia, 1788–1930“, University of Newcastle. <https://c21ch.newcastle.edu.au/colonialmassacres/>.

155 Jupp, J. (2010) *From White Australia to Woomera: The Story of Australian Immigration*, 2. Ausgabe (Cambridge: Cambridge University Press): S. 9.

156 <https://docs.lib.purdue.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1004&context=histpubs>.

nicht einreisen.¹⁵⁷ Die White Australia Policy erreichte ihre Ziele: „Bei der Volkszählung 1947 wurde der Anteil der außereuropäischen Bevölkerung, ausgenommen die Aborigines, mit 0,25 Prozent angegeben. Australien war zu einem der ‚weißesten‘ Länder der Welt außerhalb Nordwesteuropas geworden.“¹⁵⁸

1958 ersetzte die australische Regierung das Gesetz von 1901 durch den Migration Act. Der Diktattest wurde abgeschafft, aber die White Australia Policy stillschweigend fortgesetzt. Einwanderungsbeamte beurteilten „den Anteil von [farbigem] Blut in den Adern der Einwanderungsbewerber“, Ausdruck einer ungebrochenen Fixierung auf Rassenreinheit und des Bestrebens, strikt zu kontrollieren, wer nach Australien einreisen darf.¹⁵⁹

Der Migration Act 1958 hat tiefe Spuren in der australischen Einwanderungs- und Rassenpolitik hinterlassen. Das Gesetz wurde 1989 offiziell überarbeitet und um ein Einwanderungssystem auf Punktbasis erweitert. Bei solchen Systemen werden Bewerber anhand diverser Kriterien eingestuft, darunter Alter, beruflicher Werdegang, Bildungsabschlüsse, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung im Herkunftsland. Die explizite Begründung für derartige Einwanderungssysteme auf Wettbewerbsbasis ist wirtschaftlicher Natur: Regierungen können die Auswahlkriterien anpassen, wenn in der aktuellen Bevölkerung bestimmte Qualifikationen fehlen, und einen „Einwanderungsüberschuss“ anstreben, d. h. die zusätzlichen Steuereinnahmen von Einwanderern übertreffen die „Nettobelastungen für den Steuerzahler“.¹⁶⁰ Australien verlangt zudem einen „guten Leumund“ und schließt Bewerber aus, die Vorstrafen haben oder „Zwietracht in der australischen Gesellschaft anstiften“ könnten.¹⁶¹

Das australische Punktesystem, ein Vermächtnis der rassistischen und ausgrenzenden White Australia Policy, fungiert als „Legitimierung einer Unterscheidung ... zwischen ‚guten‘ Einwanderern, die qualifiziert sind und die Aufnahme verdienen, weil sie Bildung erworben haben, um sich selbst zu helfen, und ‚schlechten‘ Einwanderern, die ungelernt sind, eine Belastung für die Gesellschaft darstellen und Kosten für die Wirtschaft bedeuten“.¹⁶² Bildung wird demnach als „ein Instrument der Ausgrenzung und Spaltung“¹⁶³ und ein Werkzeug für Diskriminierung aufgrund der Rassen- und Geschlechtszugehörigkeit genutzt. Dies liegt daran, dass Bewerber aus ärmeren Nationen mit unterentwickelten Bildungssystemen sowie Menschen aus bestimmten sozioökonomischen Verhältnissen, ethnischen Minderheitengruppen oder Geschlechtern, die keinen gleichen Zugang zu Bildung und qualifizierter Beschäftigung haben, durch auf Bildung und Qualifikation basierende Einwanderungssysteme benachteiligt werden.¹⁶⁴ Vor allem aber schaffen diese Einwanderungskontrollen ein „implizites nationales Profil, eine kulturelle Präferenz für das Geklonte oder Gleiche und eine Aufwertung derjenigen, die dem Gleichstellungsprofil

157 ebd., S. 7–8.

158 Jupp, S. 10.

159 ebd.

160 Murray, A. (1. Januar 2011), „Britain's points based migration system“, Centre Forum: S. 15.

<https://www.yumpu.com/en/document/read/30522810/britains-points-based-migration-system-centreforum>.

161 <https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-29594642>.

162 <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2010.00864.x>, S. 1333. Für eine Erörterung der Neoliberalisierung von Rasse siehe: Goldberg, D. T. (2011) *The Threat of Race: Reflections on Racial Neoliberalism*, Kapitel 8.

163 Tannock, S.1332.

164 Tannock, S.1336.

entsprechen, gegenüber denjenigen, die das nicht tun“.¹⁶⁵ Obwohl das Punktesystem als Abkehr von Australiens rassistischer Einwanderungspolitik der Vergangenheit gilt, hält es an den zugrunde liegenden Vorstellungen von rassenbezogener Überlegenheit und Ausgrenzung fest und setzt Rassismus *de facto* bis in die Neuzeit fort.

Darüber hinaus betreibt Australien eines der härtesten, auf Inhaftierung basierenden Einwanderungssysteme der Welt. 1992 wurde eine obligatorische Inhaftierungspolitik eingeführt, nach der jeder, der kein australischer Staatsbürger ist und kein gültiges Visum hat, bis zur Erteilung eines Visums oder bis zur Abschiebung inhaftiert wird. Gleichzeitig wurde durch das Gesetz eine Haftobergrenze von 273 Tagen aufgehoben, sodass nach australischem Recht jeder auf unbestimmte Zeit in einem Internierungslager festgehalten werden kann. Im Rahmen einer Strategie, die bis März 2019 als Australiens „Pazifik-Lösung“ bezeichnet wurde, befinden sich viele dieser Lager außerhalb des australischen Hoheitsgebiets, auf Nauru, Manus und der Weihnachtsinsel.¹⁶⁶

Gruppen der Zivilgesellschaft haben gegen die obligatorische, unbefristete Inhaftierung aus menschenrechtlichen Gründen geklagt, aber der High Court of Australia hat sie 2004 für verfassungsgemäß erklärt.¹⁶⁷ Australiens Internierungslager wurden mit Konzentrationslagern verglichen.¹⁶⁸ Die menschlichen Auswirkungen der australischen Einwanderungshaft sind verheerend: Ghader, ein Iraner, der gegen staatliche Unterdrückung protestierte und vor dem sicheren Tod floh, wurde zwei Jahre lang auf der Weihnachtsinsel festgehalten. Nach der Erteilung eines Überbrückungsvisums heiratete er und seine Frau wurde schwanger. Doch vor der Geburt seines Kindes annullierten die Einwanderungsbehörden sein Visum und Ghader wurde angewiesen, entweder in den Iran zurückzukehren oder in Australien auf unbestimmte Zeit inhaftiert zu bleiben. Zum Erstellungszeitpunkt dieses Berichts ist Ghader seit über einem Jahrzehnt auf der Weihnachtsinsel inhaftiert, ohne seine Familie sehen zu können.¹⁶⁹

Kumulativ hält die australische Geschichte des Siedlerkolonialismus und der Einwanderungskontrolle den impliziten Gedanken eines natürlichen „weißen Australiens“ aufrecht. Einen expliziten Ausdruck fand dies in den Cronulla-Unruhen von 2005, bei denen Australier mit Nahost-Hintergrund von weißen Jugendlichen mit Macheten, selbstgebauten Bomben, Messern und Pistolen angegriffen wurden.¹⁷⁰ Ein Randalierer sagte: „Ihr seid in Ketten angekommen, wir in Flugzeugen“,¹⁷¹ eine ungewollt ironische¹⁷² Reflexion der rassistischen Ideen, die Australiens Einwanderungspolitik zugrunde liegen.

165 Goldberg, S.181.

166 https://www.apf.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/BN/2012-2013/PacificSolution#_Toc334509636.

167 <https://www.refugeecouncil.org.au/detention-policies/2/>.

168 <https://www.smh.com.au/opinion/our-detention-centres-are-intentionally-cruel-and-must-be-closed-20160504-golr04.html>.

169 <https://www.aljazeera.com/news/2020/1/8/refugee-diaries-10-years-in-immigration-detention-in-australia>.

170 Goldberg, S. 184–5.

171 <https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEWjTzayX-8ruAhU9ShUIHbUtDm0QFjABegQIAxAC&url=https%3A%2F%2Fwww.abc.net.au%2Fnews%2F2015-12-11%2Ftaha-how-the-riots-shaped-who-i-am-today%2F7019998&usg=AOvVaw1cHs3FyWN8JunBQLIT-0yf>.

172 Die ersten Siedler in Australien waren britische Häftlinge.

Eine eher schleichende Auswirkung ist das Leiden der indigenen Bevölkerung unter den Folgen des jahrzehntelangen institutionellen Rassismus und transgenerational weitergegebenen Traumas.¹⁷³ Faktoren wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, frühkindliche Bildung, Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten, Schulbesuch, Inhaftierung, Wohnungs- und Beschäftigungssituation zeugen alle von der benachteiligten Position der indigenen Australier in der heutigen Gesellschaft.¹⁷⁴ Transgenerational weitergegebenes Trauma und kumulative Entmündigung haben zudem zu höheren Raten von psychischen Erkrankungen geführt, insbesondere Drogenmissbrauch¹⁷⁵ – ein Muster, das auch unter indigenen Völkern in Kanada, Neuseeland und anderswo zu finden ist.¹⁷⁶

Der zeitgenössische Rassismus der australischen Gesellschaft, genährt durch die historische weiße Vorherrschaft, genießt eine gewisse institutionelle Unterstützung. Im August 2018 hielt Senator Fraser Anning eine Rede im Parlament, in der er eine Rückkehr zur „White Australia Policy“ als „Endlösung für das Einwanderungsproblem“ forderte. Anning erklärte:

„Die Bilanz der Muslime, die bereits in dieses Land gekommen sind, ist in Bezug auf Kriminalität, Abhängigkeit von Sozialhilfe und Terrorismus die schlechteste aller Migranten und übertrifft bei weitem jede andere Einwanderergruppe. Die Mehrheit der Muslime in Australien im arbeitsfähigen Alter arbeitet nicht und lebt von der Sozialhilfe. Muslime in New South Wales und Victoria werden dreimal häufiger als andere Gruppen wegen Verbrechen verurteilt. Wir haben schwarzafrikanische muslimische Banden, die Melbourne terrorisieren, wir haben Isis-sympathisierende Muslime, die versuchen, auszureisen, um für Isis zu kämpfen, und es sind zwar nicht alle Muslime Terroristen, aber auf jeden Fall sind heutzutage alle Terroristen Muslime. Warum also sollte irgendjemand mehr von ihnen herbringen wollen?“

Anning wurde für seine Äußerungen nicht aus dem Parlament entfernt. Einer der bekanntesten australischen Journalisten, Andrew Bolt, veröffentlichte im August 2018 in einer großen nationalen Zeitung einen ganzseitigen Meinungsartikel mit der Überschrift „Die ausländische Invasion“. Er warnte darin vor einer „Flutwelle von Einwanderern, die unsere nationale Identität fortschwemmt“ und demonstrierte damit eine stillschweigende Zustimmung zu rassistischen und einwanderungsfeindlichen Ansichten in der australischen Gesellschaft.¹⁷⁷

In einem politischen Kontext wie diesem zeigen sich die Zusammenhänge zwischen den zugrunde liegenden, historischen rassenbezogenen Spaltungen in Australien und dem von Brenton Tarrant verübten Attentat.¹⁷⁸ Die Ereignisse vom 15. März 2019 in Christchurch waren das schlimmste Massaker in der modernen

173 Das wohl entsetzlichste Beispiel von institutionellem Rassismus und transgenerational weitergegebenem Trauma ist der kulturelle Völkermord an der indigenen Bevölkerung Australiens, bekannt als „Stolen Generations“ (Gestohlene Generationen). Ab 1869 bestand dank staatlicher Gesetzgebung die rechtliche Grundlage für die gewaltsame Entfernung von Mischlingskindern (den Nachkommen weißer und indigener australischer Eltern), um sie in Missionen, staatlichen Einrichtungen und Kinderheimen – die als „Konzentrationslager“ bezeichnet wurden – aufzuziehen. Die so untergebrachten Kinder waren oft körperlichem und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. <https://humanrights.gov.au/our-work/bringing-them-home-report-1997>.

174 Siehe Baseline-Daten unter <https://www.closingthegap.gov.au/data>.

175 <https://ojs.stanford.edu/ojs/index.php/surj/article/view/1346>.

176 https://www.who.int/substance_abuse/activities/indigenous/en/.

177 <https://www.theguardian.com/media/2018/aug/02/andrew-bolts-tidal-wave-of-immigrants-article-prompts-press-council-complaint>.

178 Konservative australische Mainstream-Politiker wurden auch von Anders Breivik, dem Täter der Anschläge in Norwegen im Juli 2011, in seinem Manifest zustimmend erwähnt.

Geschichte Neuseelands. Tarrant, ein weißer Mann, eröffnete in zwei Moscheen das Feuer, tötete 51 Menschen und verletzte 50 weitere. Er postete ein toxisches rassistisches Manifest auf 8chan und übertrug das Massaker in einem Live-Feed auf Facebook. In seinem Manifest und Video verweist er immer wieder auf Memes und Insider-Witze aus einer Internet-Subkultur, die darauf abzielen, das Mainstream-Publikum in die Irre zu führen und andere 8chan-Nutzer zu beeindrucken.¹⁷⁹

Vor seinem Amoklauf veröffentlichte Tarrant ein Manifest auf Twitter und 8chan. Es trug den Titel „The Great Replacement“ (Der große Austausch), ein Verweis auf die gleichnamige Verschwörungstheorie. Diese Theorie besagt, dass europäische Bevölkerungen durch die Einwanderung nicht-europäischer (nicht-weißer) Bevölkerungen und den Rückgang der europäischen (weißen) Geburtenrate ersetzt werden. Laut Tarrant entspricht dies einem „Angriff auf das europäische Volk, der, wenn er nicht bekämpft wird, letztendlich zum vollständigen rassistischen und kulturellen Austausch des europäischen Volkes führen wird“; er bezeichnete dies als „weißen Völkermord“.¹⁸⁰ Tarrants Manifest, das „Australien kaum erwähnt und stattdessen seinen Fokus auf Europa richtet“, schloss an Annings Kommentare an, die zwischen „europäischer“ und „nicht-europäischer“ Migration unterscheiden,¹⁸¹ was wiederum symptomatisch für einen breiteren Impuls in der australischen Politik ist, als Teil der Anglosphäre betrachtet zu werden.¹⁸²

Tarrants Attentat kann als Fortsetzung der Beschäftigung der australischen Gesellschaft mit Rassenreinheit und der Verunreinigung weißer Blutlinien seit den frühesten kolonialen Begegnungen mit indigenen Völkern betrachtet werden. Diese Vorstellungen von weißer Vorherrschaft wurden für das moderne Zeitalter neu formuliert und sind Teil des akzeptierten Mainstream-Diskurses. Die Vorstellung, dass „Europa von Migranten aus der Dritten Welt und insbesondere von Muslimen überschwemmt wird“, ist im Westen Mainstream-Diskurs.¹⁸³ Dieses „Kriegs“-Narrativ „gibt Personen mit bis zur Katastrophe übersteigerten Befindlichkeiten eine intellektuelle Rechtfertigung, ihren selbst ausgerufenen Ausnahmezustand als grünes Licht für extreme Maßnahmen zu verstehen“, oder anders ausgedrückt: Der Mainstream-Diskurs über Rasse und Einwanderung in Australien liefert Personen eine Begründung dafür, zu den Waffen zu greifen.¹⁸⁴

Wie Newton et al. feststellen, werden „[t]echnische Interventionen ... niemals ausreichen, um das zugrunde liegende Problem des Othering und der Dämonisierung von Fremdgruppen zu beheben ... Statt also böswillige Aktivitäten im Online-Raum als Problem anzugehen, wäre es klüger, sie als Fortsetzung der menschlichen Erfahrung zu betrachten.“ Indem wir die menschliche Erfahrung in einen umfassenden historischen Kontext stellen, finden wir innovativere Denkansätze für die Moderation von Online-Inhalten.

Wie Newton et al. vorschlagen, können wir vielleicht beginnen, gewalttätigen Extremismus im Internet als ein Symptom von zugrunde liegenden, historischen Schäden zu konzeptualisieren – und nicht

179 <https://www.bellingcat.com/news/rest-of-world/2019/03/15/shitposting-inspirational-terrorism-and-the-christchurch-mosque-massacre/>

180 <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14623528.2019.1599493?scroll=top&needAccess=true>.

181 <https://www.theguardian.com/australia-news/2018/oct/25/australian-senator-who-called-for-final-solution-to-immigration-expelled-from-party>.

182 <https://theconversation.com/friday-essay-australias-dangerous-obsession-with-the-anglosphere-97443>.

183 <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14623528.2019.1599493?scroll=top&needAccess=true>.

184 ebd.

als ein Problem an und für sich. Dies gibt uns dann die Möglichkeit, unseren Ansatz zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus radikal neu zu gestalten. Wenn wir zum Beispiel die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus in den Rahmen von Programmen stellen, die auf die Wiedergutmachung historischer Missstände abzielen, könnten wir sie vollständig verwandeln – von einer technischen Übung zu einem sinnvollen Aufklärungsprogramm auf der historischen Basis der zugrunde liegenden sozialen Spaltungen. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, in schädliche Mainstream-Diskurse einzugreifen, die zu Schaden in der realen Welt führen, sowie die historischen und aktuellen Erfahrungen der Opfer und Überlebenden von gewalttätigem Extremismus in den Mittelpunkt zu stellen. Anstatt den ständigen Fokus auf die Täter dieser Angriffe aufrechtzuerhalten, hat die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus das Potenzial, alternative Stimmen zu verstärken, um tief verwurzelte soziale Probleme anzugehen.



KONTAKTANGABEN

Im Falle von Fragen oder zur Anforderung weiterer Exemplare wenden Sie sich bitte an:

ICSR
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
Vereinigtes Königreich

T. **+44 20 7848 2098**
E. **mail@gnet-research.org**

Twitter: **[@GNET_research](https://twitter.com/GNET_research)**

Wie alle anderen GNET-Publikationen kann auch dieser Bericht kostenlos von der GNET-Website unter www.gnet-research.org heruntergeladen werden.

© GNET